

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Pettzelle oder deren Raum berechnet.

## ∞ Völkermay ∞

**V**ölkerteyer, du Maientag!  
Zieh' hinaus in den grünenden Hag,  
jauchzet hinein in die leuchtende Welt —  
rote Blumen blühen im Feld.

Rote Schleifen auf eurem Hut,  
tief im Herzen die rote Blut;  
rot der Nacken vom Sklavenjoch...  
meine Brüder, und doch — und doch!

Doch ein Arm, der die Kette bricht,  
doch ein Morgen voll Duft und Licht,  
doch ein Tag voller Maienglanz...  
auf, ihr Brüder, zu Spiel und Tanz!

All' die Lasten, die euch gedrückt,  
in die Schatten der Nacht entrückt, —  
all' die Sorge, die euch umspann,  
Brüder, kummert sie heut' den Mann?

Schwestern, kummert sie heut' das Weib,  
das mit dem Manne ein Herz und Leib?  
euren Säugling an voller Brust  
lacht ihr selber wie Maientlust,

haltet die Zukunft weich und warm  
ihr im schützenden Mutterarm! —  
Eh' die atmende Kraft verglüht,  
schaffet, daß ihr der Weltmay blüht!

Daß die Knechtschaft für euer Kind  
wie eine Woge der See zerrinnt,  
daß sie euch dünke ein Wintertraum  
einst unterm blühenden Maientbaum!

Männer und Weiber, am Feiertag  
zieht denn hinaus in den schimmernden Hag,  
singet und jauchzet in die flammende Welt —  
blutrote Blumen blühen im Feld. Clara Müller.

### Zum 1. Mai.

Am 19. Juli d. J. werden es 23 Jahre, seitdem der internationale Arbeiterkongress in Paris jene bekannte Resolution beschloß, in der er die Schaffung einer wirtschaftlichen Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion als eine unabweisbare Notwendigkeit forderte. Als wichtigste Grundlage für diese Gesetzgebung wurde der achtstündige Maximalarbeitstag für alle Arbeiter bezeichnet. Ferner wurde verlangt: Das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und die Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren auf sechs Stunden pro Tag, das Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, Ausschluß der Frauarbeit in allen dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben, Schutzbestimmungen für Frauen bei Schwangerschaft, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und männliche Arbeiter unter 18 Jahren, eine mindestens 36 Stunden hundertwöchentliche Ruhezeit in der Woche usw.

Nachdem die Resolution mit diesen Forderungen vom Kongress mit großer Mehrheit angenommen war, wurde auf Antrag der französischen Delegierten noch beschlossen, daß die Arbeiter der ganzen Welt am 1. Mai, 1890 eine großartige Kundgebung für das Arbeiterrecht veranstalten und von den öffentlichen Gewalten die gesetzliche Festsetzung eines achtstündigen Normalarbeitstages sowie die Durchführung aller übrigen Beschlüsse des Kongresses fordern sollten. Ein Antrag Dreyfus' aus Frankreich, der Kongress wolle dahin wirken, daß die Arbeiter aller Branchen in allen modernen Industriestaaten an einem Tage sämtlich die

Arbeit einstellen", wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die deutschen, österreichischen und schweizerischen Delegierten stimmten geschlossen dagegen. Sie wußten schon damals die Kräfte des Proletariats sehr wohl richtig abzuschätzen und hielten sich, Beschlüsse zu fassen, von deren Durchführbarkeit sie nicht überzeugt waren. Aber schon der nächste internationale Arbeiterkongress, der 1891 in Brüssel stattfand, beschloß, daß der 1. Mai als Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder ein Ruhetag sein solle, allerdings nur, soweit dies durch die besonderen Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht sei. Diesen Beschlüssen erneuerte der internationale Arbeiterkongress 1893 in Zürich und fügte noch hinzu, daß die Kundgebung für den Achtstundentag am 1. Mai zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein solle, „durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes, wie zum internationalen Frieden führt". Der Sozialdemokratie aller Länder legte der Kongress die Pflicht an, die Durchführung der Arbeitstages am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht würde.

Stimmte auf dem Züricher Kongress noch die große Mehrheit der deutschen Delegierten gegen seinen Rat, die Resolution, der der Sozialdemokratie die Propagierung der Arbeitstages am 1. Mai zur Pflicht machte, so stellte sich nun, nachdem der Beschlus gefasst war, gar bald heraus, daß die deutschen Arbeiter bei der Durchführung des Beschlusses trotzdem mit in erster Reihe standen. Wenn auch der 1. Mai in Deutschland nie zu einem allgemeinen Arbeiterfeiertag im eigent-

lichen Sinne des Wortes wurde, so darf man doch behaupten, daß in Deutschland am 1. Mai immer relativ und absolut mehr Arbeiter feierten als in irgendeinem andern Lande. Besonders die Arbeiter des Baugewerbes haben sich in Jahren guter Konjunktur mancherorts fast vollständig an der Arbeitstagesfeier beteiligt. Im Laufe der Jahre wurde die Maifeieridee immer mehr erweitert, indem man mit der Demonstration für den Achtstundentag und die immer erst nur zum kleinen Teil durchgeführten Arbeitstagesforderungen besonders eine Demonstration für den Völkerrfrieden und gegen das wahnwitzige Vertrauen der herrschenden Klassen aller Länder verband.

Dem Unternehmertum und allen herrschenden Mächten ist natürlich die Maifeier im Grunde ihres Herzens verhaßt. Daß die herrschende Gesellschaft an ihre Pflicht erinnert wird, daß ihr die internationale Solidarität der Arbeiter alljährlich aufs neue zum Bewußtsein gebracht und ihr gezeigt wird, daß die Interessen der Arbeiter aller Länder übereinstimmen, das ist dieser Gesellschaft unerträglich. Und daß sich die Arbeiter gar erlauben, sich selbst einen Feiertag zu legen, ohne den Staat oder die Kirche darum zu fragen, das ist in den Augen des kapitalistischen Herrmentums und aller Anhängler ein solches Verbrechen, daß es nur mit der Brotlosmachung der maifeiernden Arbeiter gerächt werden kann. So kommen denn alljährlich im April jene Beschlüsse der Unternehmer zustande, in denen diese den feiernden Arbeitern die Entlassung oder mindestens die Aussperrung auf eine bestimmte Zeit ankündigt. Dabei solche Aussperrungen für die Unternehmer dann noch gewissen Sinn und Zweck, wenn die Gewerkschaften ihre ausgesperrten Mitglieder unterstützen, weil dann die Klassen der Gewerkschaften und damit diese

für künftige Kämpfe geschwächt werden, so sind die Ausperrungen, ohne daß die Gewerkschaften Unterstützung zahlen, nichts als eine aus Mächtig geborene althergebrachte Geseiz, die sich die Unternehmer sicher bald abgewöhnen, wenn die gesamte Arbeiterschaft am 1. Mai die Arbeit ruhen ließe.

Wir wollen hoffen, daß sich unsere Kollegen auch in diesem Jahre an den in den einzelnen Orten veranstalteten Demonstrationen, ob Tages- oder Abendfeiern, beteiligen; denn die Forderungen, die der internationale Arbeiterkongress von 1889 an die herrschenden Klassen aller Länder gerichtet hat, sind auch heute bei weitem noch nicht erfüllt!

## Der Deutsche Bauarbeiterverband im Jahre 1911.

### II.

Die Entwicklung des Verbandes in den einzelnen Landesteilen.

Haben wir in unserm Artikel in der vorigen Nummer die Entwicklung der Gesamtorganisation im Jahre 1911 besprochen, so wollen wir nachstehend auch noch der Entwicklung der Organisation in den einzelnen Gauen einige kurze Betrachtungen widmen.

Als der größte Gau erscheint nach der Zahl der Zweigvereine der Gau Berlin. Er hatte am Schlusse des vierten Quartals 139 Zweigvereine. Ihm folgen die Gauen Magdeburg mit 100, Leipzig mit 86, Hamburg mit 81, Breslau mit 70, Stettin mit 68, Kofstod mit 65, Erfurt mit 62, Hannover mit 59, Bromberg mit 45, München mit 44, Bremen und Nürnberg mit je 36, Dortmund mit 34, Frankfurt mit 27, Stuttgart mit 20, Königsberg und Dresden mit je 18, Eöln und Karlsruhe mit je 17 und Straßburg mit 9 Zweigvereinen. Die Zahl der Zweigvereine eines Ganes gibt jedoch keinen Anhalt für die Höhe der Mitgliederzahl, weil einmal in manchen Gauen die Zusammenlegung kleiner Zweigvereine zu leistungsfähigen Vereinen viel weiter fortgeschritten ist als in andern, und weil andererseits auch die Größe der Arbeitsorte und die in ihnen vorhandene Arbeitsgelegenheit eine große Rolle spielen.

Die höchste Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt hatte der Gau Leipzig mit 32347. Ihm folgt der Gau Berlin mit 23884, Hamburg mit 21994, Dresden mit 20319, Frankfurt mit 19057, München mit 18625, Magdeburg mit 16217, Breslau mit 16078, Eöln mit 16077, Hannover mit 12816, München mit 12637, Dortmund mit 11796, Bremen mit 10969, Karlsruhe mit 10734, Erfurt mit 10133, Bromberg mit 8420, Stettin mit 6568, Stuttgart mit 5722, Kofstod mit 5469, Straßburg mit 5369, und Königsberg mit 4905 Mitgliedern.

Zählt man, um einen Vergleich mit dem Jahre 1910 zu ermöglichen, alle 1910 in den jetzigen Gauen organisierten Maurer und Bauhilfsarbeiter zusammen und stellt sie den im Jahresdurchschnitt 1911 in den gleichen Gebieten organisierten Verbandskollegen gegenüber, so erhält man die durchschnittliche Steigerung der Mitgliederzahl von 1910 auf 1911. Auch mit dieser Steigerung steht der Gau

Leipzig an erster Stelle. In seinem jetzigen Gebiet waren 1910 durchschnittlich 25 046 Maurer und Bauhilfsarbeiter organisiert. Da es 1911 32 347 waren, so beträgt die Steigerung 7301. Dem Gau Leipzig folgt mit der Steigerung der Mitgliederzahl der Gau München, der im Durchschnitt 5068 Mitglieder mehr als 1910 aufweist. Ihm folgen: Frankfurt mit einer Steigerung von 4303, Dresden mit 4218, Eöln mit 3336, Nürnberg mit 3228, Breslau mit 3155, Dortmund mit 2488, Erfurt mit 2351, Magdeburg mit 1702, Karlsruhe mit 1692, Bremen mit 1615, Stuttgart mit 1611, Königsberg mit 1400, Straßburg mit 1291, Hannover mit 1263, Bromberg mit 1233, Hamburg mit 1171, Stettin mit 869 und Kofstod mit 489. Im jetzigen Gebiet des Ganes Berlin ist die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt um 1199 zurückgegangen. Dieses ungünstige Ergebnis rührt jedoch lediglich daher, daß die Mitgliederzahl im ersten Quartal 1910 im jetzigen Gaugebiet noch um über 6000 höher war als im ersten Quartal 1911, wodurch sich für 1910 eine hohe Durchschnittszahl ergab. In Wirklichkeit ist die Zahl der Mitglieder im Gau Berlin 1911 von Quartal zu Quartal gestiegen. Der Gau Berlin ist sogar der einzige Gau, in dem vom Schlusse des dritten bis zum Schlusse des vierten Quartals 1911 noch eine Steigerung der Mitgliederzahl (um rund 800) eingetreten ist. Diese günstige Entwicklung läßt die Hoffnung gerechtfertigt erscheinen, daß es im Jahre 1912 auch in diesem Gebiet wieder kräftig vorwärts gehen wird.

Nehmen wir, wie wir es für den Gesamtverband getan haben, die Mitgliederzahlen am Schlusse des Jahres 1910 und am Schlusse des dritten Quartals 1911 als Grundlage für die Berechnung der Steigerung, so erhalten wir eine Uebersicht über die Erfolge der Agitation in den einzelnen Gauen von der Verschmelzung bis zur Zeit des höchsten Mitgliederstandes. Gleichzeitig wird uns ein Vergleich der Erfolge in den einzelnen Gauen mit den Erfolgen der Gesamtorganisation ermöglicht.

Die Gesamtorganisation hatte, wie wir in unserm ersten Artikel feststellten, vom Schlusse des vierten Quartals 1910 bis Schlusse des dritten Quartals 1911 eine Steigerung der Mitgliederzahl um 68184 oder rund 28 pzt. (genau 28,2 pzt.). Ueber diese durchschnittliche Steigerung der Gesamtorganisation gehen mit ihren Erfolgen zehn Gauen hinaus. Und zwar steht an erster Stelle der Gau Königsberg. Seine Mitgliederzahl erhöhte sich von 3410 am Schlusse des vierten Quartals 1910 auf 5590 am Schlusse des dritten Quartals 1911. Das ist eine Zunahme um 2180 oder rund 64 pzt. Dem Gau Königsberg folgt der Gau Nürnberg. Seine Mitgliederzahl stieg von 9187 auf 13501, das ist eine Zunahme von 4314 oder rund 47 pzt. An dritter Stelle steht der Gau Stuttgart mit einer Zunahme von über 46 1/2 pzt. Seine Mitgliederzahl stieg von 4145 auf 6080, also um 1935. Dann folgt der Gau München mit rund 42 pzt. und einer Zunahme von 6053. Er hatte am Schlusse des vierten Quartals 1910 14369, am Schlusse des dritten Quartals 1911 aber 20422 Mitglieder. Im Gau Eöln stieg die Mitgliederzahl von 12 235 auf 17324. Das ist eine Zunahme von 5089 oder rund 41 1/2 pzt. Eine Zunahme von 38 1/2 pzt. hatte

der Gau Leipzig. Seine Mitgliederzahl steigerte sich von 25462 auf 35 330, also um 9868. Dann folgt der Gau Dortmund, der eine Zunahme von 9652 auf 13 168, also um 3516 oder rund 36 1/2 pzt. aufweist. Eine Steigerung von 35 1/2 pzt. hatte der Gau Breslau. Seine Mitgliederzahl stieg von 13 023 auf 17 651, also um 4628. Im Gau Erfurt beträgt die Steigerung rund 34 pzt. Die Mitgliederzahl stieg von 8032 auf 10 774. Das ist ein Mehr von etwa 27 1/2 pzt. Dann kommt noch der Gau Dresden, dessen Mitgliederzahl von 17 034 auf 21 929, also um etwa 28 1/2 pzt. stieg.

Alle andern Gauen blieben mit der Steigerung der Mitgliederzahl hinter dem Reichsdurchschnitt von 28,2 pzt. zurück, abgesehen vom Gau Frankfurt, dessen Steigerung von 28 pzt. dem Reichsdurchschnitt ungefähr entspricht. Die Steigerung belief sich auf 4368. Dem Reichsdurchschnitt am nächsten kommt dann der Gau Straßburg mit einer Steigerung von 1207 oder fast 27 pzt. Dann folgen die Gauen Bremen (2472) und Karlsruhe (2417). Ihre Steigerung beträgt rund 27 pzt. Der Gau Bromberg hat um 1523 Mitglieder oder rund 20 pzt., der Gau Magdeburg um 2394 oder 16 1/2 pzt., der Gau Hamburg um 3131 oder gleichfalls rund 16 1/2 pzt. zugenommen. Dann folgt der Gau Hannover mit einer Zunahme von 1546, oder nicht ganz 13 1/2 pzt., der Gau Kofstod mit 574 oder 11 1/2 pzt., und der Gau Berlin mit 2059 oder 9 pzt. Da jedoch, wie wir weiter oben schon bemerkten, der Gau Berlin der einzige Gau ist, der im vierten Quartal 1911 keinen Mitgliederverlust, sondern eine Steigerung der Mitgliederzahl hatte, muß ihm diese Steigerung gutgeschrieben werden, da wir nur so, wie für alle übrigen Gauen, die höchste Mitgliederzahl im Jahre 1911 erhalten. Danach steigerte sich die Mitgliederzahl im Gau Berlin um 2857 oder rund 12 1/2 pzt.

Es wäre nun sicherlich nicht angebracht, wenn man die prozentuale Steigerung der Mitgliederzahl in den einzelnen Gauen als alleinigen Maßstab für den agitatorischen Eifer unserer Kollegen in diesen Gauen nehmen wollte, weil die prozentuale Steigerung der Mitgliederzahl noch von einer ganzen Reihe anderer Faktoren beeinflusst wird. So ist es selbstverständlich leichter, in einem Gau, wo bislang nur 4000 Kollegen organisiert waren, noch 2000 Kollegen für die Organisation zu gewinnen und damit die Mitgliederzahl um 50 pzt. zu steigern, als in einem Gau mit 30 000 Mitgliedern eine Steigerung um 40 pzt. zu erreichen; denn dazu ist die Gewinnung von 12 000 neuen Mitgliedern erforderlich. Auch ist natürlich in den Gauen, wo unsere Berufsangehörigen bereits zum überwiegenden Teil organisiert sind, nicht mehr eine so große prozentuale Steigerung möglich, wie in Gauen, wo die Mehrzahl der Kollegen unserer Organisation noch fernsteht. Und schließlich spielt bei der prozentualen Steigerung der Mitgliederzahl auch die Verschiedenheit der Konjunktur in den einzelnen Gauen eine große Rolle. Aber bei alledem ist es doch Tatsache, daß die Steigerung der Mitgliederzahl in außerordentlich hohem Maße auch von der Geschicklichkeit unserer Agitatoren und von der Einsicht der Masse der Mitglieder in das Wesen der Organisation abhängt. Davon zeugt ganz besonders die starke Steigerung der Mitgliederzahlen

## Zur Lage des jüdischen Proletariats in Rußland.

Von L. von.

### II.

Wer waren die ersten jüdischen Kolonisten in Polen?

Die Kolonisation Polens durch die Juden vollzog sich von zwei Seiten: aus dem Osten — hauptsächlich seit der Berufung des halb-jüdischen Chosjarischen Reiches (in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts), das im Südosten des jetzigen europäischen Rußlands lag; aus dem Westen aber — aus Deutschland, Böhmen, Ungarn usw. hauptsächlich seit den ersten Kreuzzügen, die dort die großen jüdischen Wechselläden mit sich brachten (Ende des 11. Jahrhunderts). Die Emigration nach Polen ist im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts so angewachsen, daß die Juden in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts den vierzehnten bis achten Teil der gesamteten Bevölkerung Polens ausmachten.

Die ersten mehr oder weniger genauen Nachrichten aus der jüdischen Geschichte in Polen datieren aus dem 11. und Anfang des 12. Jahrhunderts. Die Juden traten dort als Schloßhändler, Werwölfer von Münzhöfen, mit andern Worten als Kauf- und Finanzleute auf. Der erste Vertrag zwischen der regierenden Macht und den Juden in Polen, über den genaue historische Angaben vorliegen, ist die Privilegien-Urkunde, die der Fürst von Kalisz, Boleslaw der Fromme, den Juden seines Landes im Jahre 1264 ausgestellt hat. Diese Privilegien wurden später auf alle Juden, die in Groß-Polen — Großpolen entpand ungefähr den jetzigen polnischen Gouvernements Rußlands — wohnten, ausgedehnt. Levanha schreibt darüber folgendes: „Die Privilegie hat den Charakter einer Konzeßion, die

einer bestimmten Affiliation von Geldvermittlern verliehen ist, die sich im Lande niedergelassen hat, um mit ihren Kapitalien Geschäfte zu machen und dadurch die Bedürfnisse der christlichen Bevölkerung zu befriedigen.“ Deshalb finden wir auch in der Privilegie alles mögliche: Bestimmungen für jüdische Geldvermittler, Bestimmungen über Kriminalprozesse, strafrechtliche Bestimmungen für Verbrechen von Christen gegen Juden, von Juden gegen Juden, Bestimmungen, die den Schutz der jüdischen Synagogen und Kirchhöfe anordnen usw. Man findet aber in der Privilegie kein einziges Wort, das sich auf jüdische Landwirte oder jüdische Handwerker beziehen könnte. 70 Jahre später, im Jahre 1334, bestätigte Kasimir der Große diese Privilegien und bestimmte, daß sie nicht bloß für die Juden Groß-Polens, sondern für die Juden von ganz Polen Geltung habe. In der neuen Privilegienurkunde heißt es:

„Und das ist deshalb (d. h. die Privilegien, die hier aufgezählt sind, erteilt ich den Juden dafür), weil die Juden als unsere Untertanen immer bares Geld für unsere königlichen Bedürfnisse haben müssen.“ 100 Jahre später, im Jahre 1447, brüdt sich Kasimir von Jagello bei Bestätigung dieser Privilegien dahin aus, daß er dies tue, „weil wir den Wunsch haben, daß die Juden, die wir mit besonderer Sorgfalt für uns und unsere Finanzen halten, unter unserer glücklichen Regierung aufzudehen sein sollen.“

Wir verstehen sehr wohl, welche Art Juden den polnischen Königen und Fürsten lieb waren und mit großer Sorgfältigkeit gehalten wurden. Welche Bedürfnisse der christlichen Bevölkerung hatten die Juden zu befriedigen? Eigentlich waren es direkt nur die Interessen des herrschenden Teiles der christlichen Bevölkerung. Zu Beginn der jüdischen Emigration nach Polen war dies ein Land, das erst im Anfang des 12. Jahrhunderts von Naturalwirtschaft zur Leuz- und Geldwirtschaft stand. Um Krieg zu führen, mußte man zu jener Zeit Geld haben, Polen

aber führte vom 10. bis zum 13. Jahrhundert ununterbrochen Kriege gegen die Deutschen, Russen, Tataren, und außerdem befriedeten sich die polnischen Fürsten gegenseitig. Die persönlichen Ansprüche der herrschenden Klasse, der feudalen Fürsten, waren ständig im Wachsen begriffen; denn die einheimischen Produkte genügten ihnen nicht mehr, sie wollten ausländische Produkte haben. Aber dazu war wieder Geld notwendig, und Geld war zu jener Zeit sehr schwer aufzutreiben. Es war eine Seltenheit, weil das ganze Land noch tief in der Naturalwirtschaft steckte. Die Juden waren aber eine Nation, die schon vor mehr als 1000 Jahren zur Geldwirtschaft übergegangen waren. Sie mußten schon, wie man allerlei Produkte in Geld verwandeln konnte.

Nun waren die Juden in allen westeuropäischen Ländern zerstreut, und es war ihnen ein Leichtes, niteinander in Verbindung und in schriftlichen Verkehr zu treten. Deshalb war es ihnen nicht schwer, internationalen Handel zu führen. Dies waren die Ursachen, weshalb man es den Juden in einer Zeit, wo man sie aus andern Ländern schon vertrieb, gestattet hatte, sich in Polen niederzulassen. Dies ist die ökonomische Grundlage der jüdischen Privilegien in Polen. Was aber die Juden bezogen hatte, nach Polen überzuführen, waren die Wechselläden in den Nachbarländern, die seit den Kreuzzügen statgefunden haben. Selbstverständlich sind dort ihnen nicht nur die reichen, sondern auch die armen Juden geflohen. Die Könige und Fürsten Polens waren aber aufgebracht, nur Kaufleute, Vermittler, Finanzleute usw. aufzunehmen, die ihnen bares Geld gegen spätere Naturalabgaben beschaffen konnten. Da aber mit den reichen Juden auch arme kamen, so ist es leicht möglich, daß sich unter diesen auch Handwerker befanden. Zwar lagen alle Historiker, die sich mit der Geschichte Polens in jenem Zeitalter beschäftigten, daß gleich zu Anfang der jüdischen Emigration unter den Juden auch

in jenen Gauen (wie Leipzig und Dresden), wo wir schon immer sehr gute Organisationen hatten.

Natürlich meinen wir, wenn wir von Agitatoren sprechen, nicht nur jene Kollegen, die zur Vertreibung der Agitation im Großen bestimmt sind, sondern ganz besonders jene große Zahl von Kollegen, die die Kleinagitation, sei es auf dem Bau oder sonstwo, von Mund zu Mund betreiben. Ihre unablässige Tätigkeit ist zur Steigerung der Mitgliederzahl sehr geeignet, und deshalb appellieren wir an sie ganz besonders, in diesem Jahre alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Organisation noch immer weiter auf die Höhe zu bringen.

Es ist nun noch kurz etwas über den Stand der Lokalkassen in den einzelnen Gauen zu sagen; denn auch hieraus lassen sich mancher wichtigen Schlussfolgerungen ziehen. Berechnet man, wieviel Vermögen von dem Kassenbestand der Lokalkassen in den einzelnen Gauen auf jedes Mitglied entfällt, dann ergeben sich gleichfalls starke Unterschiede. Da die durchschnittliche Mitgliederzahl des Gesamtverbandes 1911 290 136 war und sich in den Lokalkassen ein Kassenbestand von M. 2 009 425,55 befand, so kommt im Reichsdurchschnitt auf jedes Mitglied ein Lokalkassenbestand von M. 6,93. Ueber diesen Durchschnitt geht der Lokalkassenbestand in den Zweigvereinen des Gaus Dresden am weitesten hinaus; denn dort entfällt auf jedes Mitglied M. 12,71. Man darf wohl annehmen, daß dieser hohe Satz gleichermäÙig auf die Opferwilligkeit der Kollegen in jenem Gau wie auf die Sparsamkeit der Verwaltungen und auf die Vereinfachung der Verwaltung durch Schaffung großer und leistungsfähiger Zweigvereine zurückzuführen ist. — Nach dem Gau Dresden folgt der Gau Leipzig mit M. 11,73, Berlin mit M. 9,41, Frankfurt mit M. 8,29, Erfurt mit M. 7,81 und München mit M. 7,05. In allen andern Gauen bleibt der auf ein Mitglied entfallende Bestand der Zweigvereinskassen unter dem Reichsdurchschnitt. So entfallen auf ein Mitglied: im Gau Bremen M. 6,83, im Gau Dortmund M. 6,71, im Gau Hamburg M. 6,68, Nürnberg M. 5,87, Köln M. 5,74, Stuttgart M. 4,16, Breslau M. 3,95, Königsberg M. 3,90, Hannover M. 3,84, Magdeburg M. 3,27, Moskau M. 3,18, Karlsruhe M. 3,16, Braunschweig M. 2,99, Straßburg M. 2,71 und Stettin M. 1,79.

Nach ungleichmäßiger ist natürlich der auf ein Mitglied entfallende Kassenbestand in den einzelnen Zweigvereinen. Wir können hier diese Unterschiede nicht ausführlich behandeln, wollen aber doch einige Orte mit hohen und niederen Kassenbeständen einander gegenüberstellen. So entfällt in dem kleinen Zweigverein Bürgel im Gau Erfurt auf jedes Mitglied ein Kassenbestand von M. 19,33, in dem großstädtischen Zweigverein Stettin dagegen nur 9,5. In Berlin und Dresden entfallen auf ein Mitglied M. 17, in Sebnitz M. 13,62, in Frankfurt a. M. und Erfurt M. 11,60 nhr.

Es wäre sehr gut, wenn die Zweigvereine mit verhältnismäÙig niedrigen Kassenbeständen einmal Vereinigungen anstellten und sich die Frage vorlegten, ob nicht die Erhöhung der Lokalzuschläge rechtzeitig wäre. Die Zimmerer zahlten schon im vorigen Jahre sehr hohe Extrabeiträge, um im Jahre 1913 gerüstet zu sein. Unser Verbandsvorstand und die

andern Verbandskörperschaften haben, wie wir schon vor einigen Wochen mitteilten, der Ausdehnung eines Extrabeitrages Abstand genommen. Sie haben es getan, damit die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder das ganze Jahr hindurch ungestört entfaltet werden kann. Um so mehr haben unsere Zweigvereine alle Ursache, wenigstens soweit wie möglich zur Stärkung ihrer Lokalkassen beizutragen, damit auch diese im nächsten Jahre gut fundiert sind.

### Ein fast vergessener Zukunftsroman.

Es sind nunmehr gerade 25 Jahre her, daß der Amerikaner Wellamy seinen utopischen Roman: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“ in die Welt hinaus sandte. Manah eine unserer älteren Kollegen erinnert sich wohl noch des Buches und des ungeheuren Aufsehens, das es bei seinem Erscheinen hervorrief. Der Verfasser führt uns einen Ingenieur Julian West vor, der in einen tiefen Schlaf verfallen ist und erst im Jahre 2000 wieder erwacht. Mit verwundernden Blicken betrachtet der Neuerrwachte die gänzlich veränderten Zustände in der neuen, sozialistischen Gesellschaft, und er stellt Vergleiche an zwischen der Neugestaltung der Dinge und den Zuständen in der alten, kapitalistischen Gesellschaft. Hierin liegt der Reiz des Buches und hieraus erklärt sich das rege Interesse, das es überall in der Kulturwelt fand. Es war zum Tagesgespräch geworden; wurde in alle Kulturprachen überföhrt und galt mit einem Schlage als das a. m. meisten gesehene Buch seiner Zeit. Die darin ausgesprochenen Ideen klangen wie eine neue Offenbarung und erregten einen Sturm der Begeisterung. Die kristallklare Sprache, die zahlreichen Bilder und Gleichnisse, die Wärme der Uebergangung, die aus dem Buche hervorsprühlten, alle diese inneren und äußeren Vorzüge des Romans rissen den Leser mit sich und ergriffen selbst solche Leute mit unwiderstehlicher Kraft, deren nächster Verstand und kalte Ueberlegung sich dagegen kräuterten. Es bildete sich sogar im Heimatlände des Dichters eine starke, nach Millionen zählende Partei, die sich die Verwirklichung Wellamyscher Gedanken zum Ziel gesetzt hatte.

Die fast beispiellose Wirkung des Werkes kann man nur verstehen, wenn man das Buch aufliest als den Ausdruck einer hochgeprägten sittlichen Entrüstung über die furchtbare Ungerechtigkeit und Unvernünftigkeit der Zustände, die der moderne Kapitalismus geschaffen hatte. Damals ergriff es die Menschenherzen mit unmenßbarem Schauer, und auch heute ergriff es uns noch, wenn der Held des Romans seinem gequälten Herzen in dem Aufschrei laut macht: „Ich bin auf Golgatha gewesen und habe die Menschlichkeit am Kreuze gesehen! Weiß denn keiner von Euch, auf welche Szenen die Sonne und die Sterne dieser Stadt herabbliden? Wißt Ihr nicht, daß dicht vor Euren Turen eine große Menge Männer, Weiber und Kinder, Fleisch von Eurem Fleische, Blut von Eurer Blut, ein Leben lebt, das von der Wiege bis zur Bahre ein einziger Todeskampf ist? Seht, Ihre Wohnungen sind so nahe, daß, wenn Ihr Euer Lachen etwas dämpft, Ihr die schmerzlichen Stimmen hören könnt: das jämmerliche Geschrei der Kleinen, die mit der Muttermilch Armut einfangen, die heiseren Flüche der Männer, die, im Uerd erschauend, halb zum Tier geworden sind, das Gejammer der Weiber, die ihren Leib um Brot

verkaufen! Womit habt Ihr Eure Ohren verstopft, daß Ihr diese klagenden Töne nicht hört? Ich wenigstens kann nichts anderes, mehr hören!“

Wie eine Eisenkeule lag es sich uns ums Herz, wenn wir diese flammende Lesart lesen und der vorwurfsvolle Ruf: „Stain, was hast Du mit Deinem Bruder Abel getan?“, gelt schriß und unheimlich in unser Ohr. Man sieht die Gegenstände greifbar deutlich vor Augen: die Besessenen, wie sie an reichbesetzter Tafel schmelgen; und die Armen, wie sie frierend und hungernd, gekümmert und ausgeemgelt in ihren verpesteten Höhlen hocken. Der reiche Pfarrer und der arme Lazarus — das ist der große Gegensatz, der flammende Zwiepsalt, den uns der Dichter vor die Seele zaubert. Man fühlt das tiefe Mitleid des Menschenfreundes, seine heftige Empörung, aber auch seinen schneidenden Hohn über unsere herrliche Weltordnung, die man die göttliche nennt. Mit rücksichtsloser Wahrheitsliebe hat er der modernen christlichen Gesellschaft die Maske vom Gesicht gerissen und mit erbärmungsloser Deutlichkeit hat er die Eiterbeulen bloßgelegt, die unter der süßnerischen Schminke verborgen sind.

Unter den zahlreichen Gleichnissen, die in dem Roman enthalten sind, präht sich eins vor allem dem Gedächtnis des Lesers ein: Der Vergleich der kapitalistischen Gesellschaft mit einer amobischen Postfutsche. Man lese nur die Darstellung: „Um meinen Lesern einen allgemeinen Einblick zu geben in die Art und Weise, wie die Menschen in jenen Tagen (in der Zeit des Kapitalismus!) zusammenlebten und wie im Besonderen die Beziehungen der Reichen und der Armen zueinander waren, kann ich vielleicht nichts Besseres tun, als die damalige Gesellschaft mit einer riesenhaften Kutsche zu vergleichen, vor die die Reichen der Menschen gespannt waren, um sie mühselig auf einer sehr hügeligen und sandigen Straße dahinzuföhren. Der Kutscher war der Hunger; er verstaute keine Paß, democh aber kam man nur sehr langsam vorwärts. Umgädet der Schwierigkeiten, diese schwere Kutsche auf einer so mühseligen Bahn vorwärts zu bringen, war das Innere und das Verdeck des Wagens mit Passagieren gefüllt, die niemals, nicht einmal an den heißten Stellen, abfielen. Die Decke der Kutsche waren sehr lustig und angenehm, sie waren außer dem Verdecke, des Stragruftandes, und die Inhaber der Plätze konnten sich mit Mühe die schönen Gegenden an beiden Seiten des Weges betrachten oder sie konnten auch zur Kurzeit über die Menschen, die den Wagen zogen, ihre kritischen Bemerkungen machen. Solche Plätze waren natürlich sehr begehrt, und der Bewerber um sie war sehr hitzig, da es jeder als seine erste Lebensaufgabe betrachtete, einen Sitz auf dem Wagen zu erlangen und ihn seinem Kinde zu vererben. Nach den Vorschriften, die für alle Passagiere galten, konnte jeder seinen Sitz überlassen, wenn er wollte, andererseits aber gab es auch manche Zufälligkeiten, durch die der Sitz jederzeit völlig verloren gehen konnte. Dem obgleich diese Sitze sehr bequeme waren, so waren sie doch auch sehr unbillig und bei jedem plötzlichen Stöße der Kutsche flogen Personen vom Verdeck herab und aus dem Innern herab und fielen auf die Straße, wo sie sogleich in den anderen Zugemäßen gezwungen werden, den Sturz zu erdulden und die Kutsche, in der sie noch kurz vorher so angenehm gesessen hätten, mit fortziehen zu lassen. Es wurde selbstverständlich für ein großes Unglück gehalten, seinen Sitz in oder auf der Kutsche zu verlieren, und die Beforgnis, daß dies Unglück

Sandwörter waren, doch führen sie nicht die Quellen an, auf die sie ihre Behauptungen stützen. In der Privilegienurkunde, die die Juden von Wolenslaw dem Frommen erhielten, ist, wie wir sehen, von jüdischen Sandwörtern noch nichts gesagt. Die Privilegien, die die Juden erhielten, waren eine Art persönlicher Verträge zwischen dem König und den Juden. Nach dem Tode eines Königs oder einem Thronwechsel infolge anderer Ursachen begannen die Juden sofort dafür zu sorgen, daß der neue König die Privilegien von neuem bestätigte. In der nächsten Zeit nach den von Wolenslaw verliehenen Privilegien sehen wir nicht, daß die Juden Schritte unternahmen, damit in der Privilegienurkunde das Recht auf Arbeit Erhaltung fand.

Aus alledem müssen wir den Schluss ziehen, daß, wenn auch unter den Juden in Polen im 10. bis 13. Jahrhundert Sandwörter vorhanden gewesen sind, dies doch nur einzelne Personen waren, die keinen Einfluß auf das gesellschaftliche Leben hatten.

#### Die ersten jüdischen Handwerker in Litauen.

Nach Litauen und der Ukraine (des hier die gegenwärtigen Gouvernements Litauen, Weiß-Rußland und die südwestlichen Gouvernements Rußlands) wanderten die Juden später, als nach dem Königreich Polen. Die Emigration der Juden nach Litauen und der Ukraine stieg in mehr oder minder bedeutender Zahl erst im 14. Jahrhundert an. Das Kronland Polen war ökonomisch mehr entwickelt, als Litauen und die Ukraine. Schon in den ersten Jahrhunderten nach der jüdischen Emigration in Polen waren dort heimische — oder aus deutschen Kolonisten bestehende — Handwerker anständig. Im 14. Jahrhundert waren diese schon in Zünften organisiert, die keine Juden aufnehmen. Noch mehr: die Zünfte hatten das Recht, die Arbeitserzeugnisse des jüdischen Handwerkers

zu konfiszieren und ihn mit einer Strafe zu belegen. Selbstverständlich waren solche Verhältnisse der Entwicklung einer produzierenden Klasse im politischen Judentum sehr ungünstig.

Litauen und die Ukraine boten zur Zeit der jüdischen Auswanderung nach dort fast keine eigenen Sandwörter. Deshalb fängt der ärmere Teil der jüdischen Bevölkerung an, hier auch Handwerk zu treiben. Obwohl, auch hier war es nur ein kleiner Teil; denn sogar die armen Juden beschäftigten sich womöglich mit Handel, Verleihenegewährung, Vermittlung usw. Sie pflegten oft ihre eigenen Hausgeräte zu verpfänden, um kleine Gelddarlehen zu bekommen und dann dieses Geld gegen größere Zinszahlung anderen zu leihen. Doch waren hier mehr jüdische Sandwörter als im Kronland Polen zu finden. Die Bedingungen für die Entwicklung des Sandworts waren hier von Anfang an viel günstiger als in Polen. Deshalb sehen wir hier, daß in der ersten Privilegienurkunde („Granota“), die der König Witold den Juden von Grodno im Jahre 1389 ausgestellt hat, ausdrücklich erwähnt ist, daß der König den Juden „allerlei Handwerk zu treiben“ gestattete.

Professor Beszucha meint (nach ihm auch Dubnow), daß in Litauen die Juden zu jener Zeit auch Ueberbau getrieben haben, aber die Dokumente, auf Grund derer er seine Schlüsse zieht, weisen zu wenig Tatsachen auf, die uns davon überzeugen könnten. Er selbst gibt später zu, daß in den Dokumenten über die Juden nichts darüber zu finden ist, daß der Jude auch am Pflug gearbeitet hätte. Obwohl in den Dokumenten des 16. Jahrhunderts von Juden gesprochen wird, die keine Landgüter besaßen, kann man daraus noch nicht den Schluss ziehen, daß die Juden ihre Güter selbst bebaut hätten. Aus dem 15. Jahrhundert haben wir keine Dokumente, die uns zeigen könnten, in welchem Maße die Produktion unter den Juden fortgeschritten gemacht hat. Die königliche Macht betrachtet die Juden

als eine Mittelkraft für die königlichen Finanzen. Es ist klar, daß die Könige wenig Interesse für die jüdischen Sandwörter hatten. Am Ende dieses Jahrhunderts wies man die Juden sogar aus ganz Litauen aus, und erst acht Jahre später erhielten sie die Erlaubnis, sich dort wieder niederzulassen. Die meisten Juden — einen kleinen Kreis von Geldlähnen ausgenommen — kamen nach der Aufhebung noch ämer zurück, als sie ausgezogen waren. Sie hatten nichts mehr, was verpfändet werden konnte, um Geld für den Handel aufzutreiben. Die Notwendigkeit, zum Handwerk zu greifen, wurde größer, und derselbe Alexander, der die Juden aus Litauen ausgewiesen hatte, erteilte den Juden in Weß das Recht, Handwerk zu treiben. Im Jahre 1514 wurde dieses Recht auf alle Teile Litauens ausgedehnt.

Saben nun die Juden, nachdem sie in ganz Litauen das Recht auf Produktion erhalten hatten, von diesem Recht Gebrauch gemacht und in welchem Maße? — In den Revisionen aus der Mitte des 16. Jahrhunderts finden wir unter den Juden sehr wenig Handwerker; so waren in Grodno: ein Buchbinder, ein Glaser (im Jahre 1560); in Brest: ein Seher (im Jahre 1556); in Luz (jetziges Wolhynen Gouvernemen). finden wir mehrere Schneider (im Jahre 1552). Die richtige Zahl ist schwer anzugeben, da aber eine besondere Steuer für jüdische Schneider existierte, die zu jener Zeit ziemlich hoch war — 10 Gulden pro Jahr — kann man wohl annehmen, daß dort eine verhältnismäÙig große Zahl jüdischer Schneider gelebt haben muß. Für das Jahr 1552 findet man folgende buchstäbliche Aufzählung über die Juden der Stadt Wladimir und ihrer Umgebung (gegenwärtiges Wol. Gouvernemen): „Sie beschäftigten sich nicht mit Feldarbeit und treiben kein Handwerk; sie führen nur Handel.“ Das ist beinahe das gesamte faktische Material aus jener Zeit, das wir in der küniglichen Literatur hierüber finden

se oder die ihrigen treffen könnte, lastete stets wie eine Wolk auf dem Glück derer, die fuhren."

Die Ungerechtigkeit der heutigen Zustände kann wohl kaum besser charakterisiert werden, als dadurch, daß die große Mehrzahl in Staub und Glut die Schritte ziehen muß, während die Minderheit bequem fährt. Und die Ungerechtigkeit, die unserer Gesellschaft den Stempel aufdrückt, wird dadurch treffend beleuchtet, daß beim Wirteln der Schritte einige der Zufassen ins Proletariat hinabsinken und sich wie die andern Proletarier schinden müssen. Vor allen Dingen aber, so sagt Bellamy, leben die glücklichen Zufassen der Schritte in der beständigen Angst, eines Tages Köpfe der Wagen an einer schimmigen Stelle des Weges umfallen und mit Mann und Maus in den Abgrund stürzen. Aus dieser Angst heraus rufen sie den Meischen in Straßenstaub hin und wieder tröstende und aufmunternde Worte zu und verweisen sie auf den Lohn im besseren Jenseits; auch werfen sie ihnen dann und wann Salben oder Pflasterchen zu, um damit die schimmigen Wunden zu heilen. Selbstverständlich bilden sich die Zufassen der Schritte auf ihren Sitz sehr viel ein, und wenn es einem der Zugmenschen gelingt, sich einen Sitz in oder auf dem Wagen zu erobern, so hält er sich mit einem Male für etwas Besseres als vorher.

Von der Schilderung der kapitalistischen Gesellschaft sticht die Schilderung der auf einer höheren Sozialgerechtigkeit beruhenden Zukunftsgesellschaft um so freundlicher ab. In der sozialistischen Gesellschaft fällt das Interesse des einzelnen mit dem der Gesamtheit zusammen. Es herrscht nämlich — nimmere eine planlos und geregelte Gütererzeugung und eine planvolle, gerechte Güterverteilung. Die Planmäßigkeit ist nach der Meinung des Dichters das, was die sozialistische Wirtschaftsweise von der kapitalistischen unterscheidet. Wenn unter der Herrschaft des Kapitalismus das Arbeitsgebiet einem Schlachtfeld gleich, auf dem die einzelnen Truppenteile planlos und ohne inneren Zusammenhang nach eigenem Gutdünken Einzelgefechte liefern und sich gegenseitig Abbruch tun, so wird unter der Herrschaft des Sozialismus ein wohlgeordnetes Gesamtheer nach einem einheitlichen, gut durchdachten Plane den Kampf gegen Hunger, Not und Elend führen. Die kapitalistischen Privatunternehmer, so meint Bellamy, sind gar nicht in der Lage, das weite Gebiet der Gütererzeugung und Güterverteilung zu regeln, weil sie wie Unteroffiziere mit ihren Abteilungen in einem Waldbebüsch kämpfen, die Männer des Zukunftsstaates aber, die vom Luftballon aus das Schlachtfeld überblicken, werden ihre Millionenheere leicht zum Siege führen. Man sieht, der Dichter des Müßbuchs ist ein Staatssozialist vom reinsten Wasser. Es dürfte mirere Leser interessieren, einmal zu untersuchen, wie sich die Auffassung vom Sozialismus in den letzten 25 Jahren gewandelt hat.

**Kriegsrüstungen der Unternehmer.**

Die Bauunternehmer rüsten in allen Gauen mit Hochdruck zum Kampf — das ist für die Bauarbeiter längst kein Geheimnis mehr. Aber es ist doch gut, wenn man von Zeit zu Zeit etwas über die Einzelheiten ihrer Kampfbereitungen erfährt; denn jede dieser Einzelheiten muß für unsere Kollegen ein neuer Ansporn zur Aufbietung aller Kräfte für die Stärkung unserer Organisation sein.

können. In Wirklichkeit aber muß es nicht so wenig jüdische Handwerker gegeben haben, wie die offiziellen Dokumente behaupten. Trotzdem kann man aber sagen, daß die Zahl jüdischer Handwerker in der Mitte des 16. Jahrhunderts eine sehr geringe war.

Warum haben die Juden ihr Recht auf Arbeit, das sie so anstreben, trotzdem so wenig ausgenutzt? Unserer Meinung nach liegen dem folgende zwei Ursachen zugrunde: Die gesamte Bevölkerung — die an Zahl geringe regierende Klasse und den Kleinadel (Schlachta) ausgenommen — beschäftigte sich mit Ackerbau, Fischerei und Jagd, und wie es in der Naturalwirtschaft stets der Fall ist, ist das Handwerk vom Ackerbau nicht getrennt. Jede Bauerfamilie bebaut nicht nur den Acker, sondern produziert auch alles, was sie zum eigenen Gebrauch bedarf. Der Adel (Schlachta) begnügte sich nicht mehr mit dem ländlichen Handwerk. Sein Geschmack war zu hoch entwickelt, auch die Juden waren nicht imstande, ihn zu befriedigen; denn in den Bändern, aus denen die Juden nach Polen und Litauen gekommen waren, war das Handwerk schon soweit technisch vorgeritten, daß es sich ganz von der Landwirtschaft losgelöst hatte, was dazu führte, daß sich die Handwerker in Rürten organisierten, wobei die Juden keinen Zutritt fanden. Die Verbotsverordnung des Handwerks ist an den Juden vorbeigegangen. Die Juden pflegen die Arbeit entweder als Autodidakten (aus sich selbst heraus, ohne Lehrer) zu erlernen, oder sie lernen sie bei ihren Stammesgenossen. Es ist selbstverständlich, daß solche Handarbeit nicht viel höher stand, als die der Bauern, und sie konnte daher im besten Falle nur den Geschmack des Bauern oder des Teils der städtischen Einwohner befriedigen, der sich nach seiner Lebens- und Wirtschaftsweise wenig von der ländlichen Bevölkerung unterschied. Die zweite Ursache war die verhältnismäßige Reichlichkeit der Erlangung des Profits durch den Handel oder durch Ge-

Im vorigen Jahre konnten wir mitteilen, daß die Unternehmerorganisation ihre ordentlichen Beiträge stark erhöht und außerdem noch die Ansammlung eines Kriegsfonds von 1 Million Mark beschloffen habe. Später erfuhren wir, daß die Unternehmer ganz im stillen den Zusammenschluß aller Arbeitgeberverbände betreiben, um die Arbeiterorganisationen durch eine Wisausperrung vor noch nie dagewesener Größe niederzujersch und kampfunfähig zu machen, damit man endlich „Herr im Hause“ werde und den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktiert könne. Auch die Expropolition, die bestimmte Unternehmerverbände gegen die Baumaterialienhändler und Lieferanten betreiben, um diese zur Beitragszahlung an den Kriegsfonds der Unternehmer zu zwingen, war vorzüglich geeignet, unsern Kollegen Einsticht in die Pläne des Bundes zu geben und sie zu intensiver Agitation für unsere Organisation anzuspornen.

Vor einiger Zeit wurde dazu noch in der Tagespresse berichtet, daß der Unternehmerverband seine Mitglieder streng verpflichte, in alle neu abzuschließenden Bau- und Lieferungsverträge die Streiklausel aufzunehmen, wonach bekanntlich die Kerne zur Fertigstellung der Arbeiten bei eintretenden Streiks oder Ausperrungen um die Dauer dieser Streiks oder Ausperrungen hinausgeschoben werden soll, so daß die Auftraggeber der Unternehmer von diesen für verspätete Fertigstellung der Arbeiten weder eine Entschädigung verlangen noch die Unternehmer zur Fertigstellung der Arbeiten drängen können. In letzter Zeit haben wir auch wieder Beweise dafür erhalten, daß die Unternehmerverbände eifriger als je bestrebt sind, mit den Materiallieferanten Verträge abzuschließen, durch die eine wirkungsvolle Materialsperrung bei der nächstjährigen Ausperrung erreicht werden soll. Nachsichend drucken wir einen solchen Vertrag, den uns ein Baumaterialienhändler aus der Provinz Brandenburg zur Verfügung stellte, ab.

**Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe G. V.**  
**Brandenburgischer Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe G. V.**

Geschäftsstelle: Brandenburg a. d. S., Hofstraße 21.  
Fernsprecher: Nr. 145.

Zwischen 1. dem Lokalverband des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, dem Bund der vereinigten Arbeitgeber der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu Brandenburg a. d. S., und 2. dem unterzeichneten Baumaterialienlieferanten wird mit Wirkung vom . . . . . ab folgender Gegenstandsvertrags abgeschlossen, in dem der Färge halber der unter 1. gedachte Verband als „Arbeitgeberverband“ und die unter 2. Genannten als „Lieferanten“ bezeichnet werden.

§ 1.  
Beide Vertragsschließenden, bemüht, in der Bau- und Baumaterialienbranche eine Gesundung der Verhältnisse im allgemeinen und erträgliche Konkurrenzverhältnisse speziell unter ihren Mitgliedern herbeizuführen, sichern sich zur Erreichung dieses Zweckes und zur Verhinderung von Streiks beziehungsweise baldiger Vereitigung solcher gegenseitigen Unterstellungen zu.

§ 2.  
Wie sich die Lieferanten verpflichten, nur den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes bei dem Bezuge von Baumaterialien Vorrats- oder Kampfpresse einzuräumen, so übernimmt der Arbeitgeberverband die Verpflichtung, darauf hinzuwirken, daß seine Mitglieder ihren Materialbedarf für Bauten, welche im Stadtbezirk und in den Orten . . . . . ausgeführt werden, ausschließlich bei den vertragsschließenden Lieferanten beden.

währung von Darlehen. Nicht nur die jüdischen Kapitalisten, Großhändler, Geldvermittler, Steuerpächter usw. (diese bezeichneten sich zu allen Zeiten), sondern auch solche Juden, die nur einige wenige Mubel in der Tasche hatten, konnten durch Geldverleihen etwan gewissen — wenn auch geringen — Profit machen. Wie wir schon früher erwähnt haben, liehen die ärmeren Juden selbst bei reichen Christen Geld, um es gegen Verzinsung an ärmere Christen weiter auszuliehen.

Selbstverständlich war es also dem ärmeren Juden, der kein Kapital hatte, nicht so leicht, zu einer Zeit durch Handwerk etwas zu verdienen, als das Handwerk bei den Juden noch auf einer solch niedrigen Stufe stand und der Bins den ganzen Mehrwert verschlang, abgesehen von jenem Teile, den der Staat beanspruchte. Die Juden haben sich daher mit Vorliebe solchen Beschäftigungen zugewendet, die die Christen bei den Juden lernen mußten. Das waren ausschließlich Geldgeschäfte, und nur dann, wenn es die äußerste Not forderte, griffen die Juden zu solchen Beschäftigungen, die sie bei Christen erlernen mußten. Zunächst gab es auch nichts zu lernen, und als sie später etwas hätten lernen können, waren die Türen der christlichen Handwerker für den Juden geschlossen. Das geschah in dem Kronland Polen seit dem 14. Jahrhundert und in Litauen und in der Ukraine seit dem 16. Jahrhundert.

Im Jahre 1569 wurde die Vereinigung des Kronlands Polen und Litauens zu einem Staate proklamiert. Das ist die bekannte Union von Lublin. Der litauische Adel (Schlachta) — früher nur die Magnaten, aber nach der Union auch der ländliche Adel — frag an, sich mit dem polnischen Adel zu assimilieren (= verähnlichen, anpassen, in einander aufgehen). Er übernahm seine Sprache, seine Sitten, seine Lebensart usw. Der litauische Adel wurde dem polnischen Adel gleichgestellt. Er gewann einen Einfluß auf den Landtag (Sejm) und die totale Gerichts-

Im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung der Bauarbeiter erklären die Lieferanten, die Solidarität im Arbeitgeberverband durch Unterstützung der von der Leitung des Arbeitgeberverbandes getroffenen Maßnahmen nach Kräften zu stützen, insbesondere während der Dauer des Streiks oder der Ausperrung an Bauausführer innerhalb des Vertragsgebietes überhaupt nicht oder nur mit Zustimmung des Arbeitgeberverbandes zu liefern. Bei Lieferungen nach Bauten, welche für die Rechnung von Staats- oder Kommunalverwaltungen erfolgen, ist erforderlichenfalls von den Vertragsschließenden besonders Beschluß zu fassen.

Nach auswärtigen, von Streik oder Ausperrung betroffenen Orten darf während der Dauer der Arbeitsruhe ebenfalls nicht geliefert werden.

Andererseits verpflichtet sich der Arbeitgeberverband, im Falle eines Streiks bei den Lieferanten beschäftigten Arbeiter und Zubehöre den Lieferanten ebenfalls alle tatkräftige Unterstützung angedeihen zu lassen, ebenso, wenn ein Streik ausbricht oder eine Ausperrung der Arbeiter erfolgt, die Erfüllung der Lieferpflicht von den Lieferanten nicht zu verlangen. Streikende oder ausgesperrte Arbeiter des einen Teils dürfen von dem andern Teile ebenfalls nicht in Arbeit genommen werden.

§ 3.  
Die von den Lieferanten den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zu gewährenden Vorzugspreise werden alljährlich im Monat . . . . . von einer Kommission, bestehend aus je zwei Mitgliedern der Parteien, berechnat, und zwar, wenn nicht Mäßigkeitsgründe andere Festsetzungen nötig machen, für die Dauer eines Kalenderjahres.

§ 4.  
Der vorliegende Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, kann aber von jeder Partei mit sechsmonatlicher Kündigung zum Schluss des Kalenderjahres gelöst werden.

§ 5.  
Weiter Ausführungen und die Einrichtung eines Schiedsgerichts sind diesem Vertrage als Anhang beizufügen. . . . . den . . . . . 1912

Dieser Vertrag soll mit allen Baumaterialienhändlern in der Provinz Brandenburg abgeschlossen werden, und zwar, wo dies möglich ist, von den Brandenburgischen Provinzialverbänden des Arbeitgeberbundes selbst, wo dies nicht möglich ist, von den Lokalverbänden, unter Mitwirkung des Provinzialverbandes. Zu diesem Zweck hat der Provinzialverband an seine Lokalverbände folgendes Rundschreiben erlassen.

**Brandenburgischer Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe.**

Brandenburg a. d. S., den 16. April 1912.

An die Lokalverbände.

Die wichtigste Arbeit unserer Lokalverbände für das Jahr 1912 ist der Abschluß von Verträgen mit den Lieferanten, damit für den wahrheitsich unaußbleiblichen Kampf im Jahre 1913 unsere Mitglieder dagegen geschützt werden, daß ihre Arbeiten nicht von Konkurrenzunternehmen ausgeführt werden, die nicht im Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisiert sind. Wo es zweckmäßig und möglich ist, wird der Provinzialverband die Verträge für unsere Mitglieder mit den Lieferanten abschließen. Sollte das nicht geschehen können, so wird der Provinzialverband die Lokalverbände beim Abschluß von Verträgen unterstützen. Um nun genau zu wissen, mit welchen Lieferanten oder Vereinigungen diese Verträge abzuschließen sind, erjuden wir am möglichst umgehende, genaue und vollständige Verantwortung der untenstehenden Fragen.

Wir sehen der Erledigung spätestens bis zum 25. d. M. entgegen und zeichnen mit kollegialem Gruß usw.

barkeit. Der Adel schickte in die Landtage Abgeordnete für den Wahltag, der den König für Polen erwählte. Der Adel hatte auch das Recht, Bezirksamter zu wählen. Die provinziellen Landtage, die längere Zeit tagten, zwangen den Adel, längere Zeit in der Stadt zu verbringen. Der Aufenthalt in der Stadt erhöhte seine Bedürfnisse, die die unterliegenden Bauern mit ihren Naturalabgaben nicht befriedigen konnten. Nicht nur Luxusgegenstände, die auch vorher für die Magnaten eingeführt wurden, wurden jetzt verlangt, sondern auch gewöhnliche Handwerkerzeugnisse, besser und schöner gearbeitete, als sie die ländliche Bevölkerung liefern konnte.

Eine stärkere Nachfrage brachte eine stärkere Einwanderung von Handwerkern mit sich, besonders aus Deutschland. Aber zwei Jahrhunderte später wiederholte sich derselbe ökonomische Prozeß, wie in Polen. Derselben Ursachen, die die deutschen Handwerker aus Deutschland nach Polen und Litauen gelockt hatten, lockten auch die deutschen Kaufleute dorthin. Der litauische Adel, besonders nach der Union von Lublin (der tschopolnische Adel noch viel früher) litt unter Geldmangel, um seine steigenden Bedürfnisse befriedigen zu können. Er begann in verstärktem Maße die Naturalleistungen der Bauern in Geld abgeben zu veranlassen. Es mußten sich Leute finden, die imstande waren, die Naturalerzeugnisse der Bauern aufzukaufen und sie ins Ausland zu transportieren. Außer den Juden taten das auch die deutschen Kaufleute. Die Deutschen brachten nach Polen und Litauen das berühmte deutsche Staatsrecht mit sich, das sogenannte Magdeburger Recht als Mittel, das Städtchen zu entwickeln, das für sie so notwendig war, um die Landesprodukte: Kelle, Vieh, Holz und dergleichen in Geld umzuwandeln und ihre erhöhten Bedürfnisse zu befriedigen.

Fragebogen

des Brandenburgischen Provinzial-Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe (E. W.).

Welche Händlervereinigungen, Syndikate resp. einzelnen Lieferanten kommen für Ihren Lokalverband beim Bezug der wichtigsten Baumaterialien in Frage, und zwar

- a) für Estrich, Zementfall
- b) für Mauersteine
- c) für Zement
- d) für Le-Träger
- e) für Söller
- f) für Bedachungsmaterial

Datum: Stempel des Lokalverbandes:

Wichtige Verträge, wie ihn der Brandenburgische Provinzial-Arbeitgeberverband seinen Ortsverbänden vorschreibt, sollen, soweit wir informiert sind, von den meisten andern Arbeitgeberverbänden ebenfalls abgeschlossen worden sein oder noch abgeschlossen werden, so daß also der Bund bei einer Aussperrung im nächsten Jahre über die Materiallieferanten völlig frei verfügen könnte. Es ist sicher, daß sich die große Mehrheit der Lieferanten zum Abschluß dieser Verträge bereit erklärt und damit zu treuen Helfern der Unternehmer im Kampf gegen die Arbeiter wird. Wir wollen aber nicht betreiben, hier darauf aufmerksam zu machen, daß sich die Lieferanten damit auch in eine gewisse Gefahr begeben. Die Arbeiter sind nämlich nicht verpflichtet, Material von Lieferanten zu verarbeiten, die durch herartige Verträge mit zur Niederknüpfung der Arbeiterorganisationen beitragen wollen. Und schließlich kann die offene Parteinahme der Lieferanten für die Unternehmer auch dazu beitragen, daß die Arbeiterschaft den zahlreich, nach der letzten Aussperrung aufgetauchten Angeklagten auf Ausschaltung von Unternehmern und Lieferanten durch Gründung von Bau- und Produktionsgenossenschaften etwas Nachdruck verleihen wird. Etwas Überlegung dürfte daher für die Lieferanten sehr am Platze sein.

Für unsere Kollegen aber müssen die oben veröffentlichten Dokumente ein neuer Ansporn zu aktivster Mitarbeit für den Verband sein. Ein Kampf, so sagt der Brandenburgische Provinzial-Arbeitgeberverband seinen Lokalverbänden, ist im Jahre 1913 wahrhaftig un-ausbleiblich. Also rüsten wir für den Kampf!

Aus dem Baugewerbe.

Verbilligung der Reichsbauten. — Eine Denkschrift der Regierung. — Die Gemeinden bauen teurer als das Reich. — Schädigung öffentlicher Interessen zugunsten des Privatkapitals. — Wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer früheren Fertigstellung des Reichsbauten. — Höhere Beamté als Aufsichtsräte. — Die Gründung der Aktiengesellschaft Heinrich Westphal in Berlin. — Geheime Regierungsräte und trägerlose Hofkassendirektoren. — Die Rettungsalaktion für Mosler & Werse in Berlin. — Diskrete Spender. — Hypothekendarlehen. — Kurs der Baufirma Gebrüder Seeger in Frankfurt a. M. — Erlösung der Aktiengesellschaft für Bauausführungen vorm. Georg Köhnold & Söhne in Frankfurt a. M. — Abschluß der Aktiengesellschaft für Bauausführungen zu Berlin. — Erklärung der Aktiengesellschaft Held & Franke. — Die Dividende der Aktiengesellschaft Döring & Lehmann. — Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaft Dyckerhoff & Widmann in Bielefeld.

In Ausführung eines Beschlusses des Reichstages haben die Regierungen eine Erhebung darüber vorgenommen, aus welchen Gründen die Bauten der Reichsbetriebe (Militär, Marine, Post, Eisenbahn) regelmäßig erheblich teurer seien als Privatbauten und durch welche Maßnahmen eine angemessene Ermäßigung der Preise zu erreichen wäre. Den Untersuchungen, deren Ergebnisse dem Reichstage in einer Denkschrift unterbreitet werden, liegen Mitteilungen zugrunde, die von Privatarchitekten sowie städtischen Behörden in den verschiedensten Gegenden des Reiches über Bauausführungen der letzten fünf Jahre erbeten worden waren. Von den aufgeführten 27 Stadterwartungen haben 26 Mitteilungen über 103 Bauausführungen und von 116 Privatarchitekten 56 Angaben über zusammen 241 Bauten eingeholt, die mit 140 Gebäuden der Reichsbetriebe in Vergleich gestellt sind. Da die Preise für 1 cbm umbauten Raumes den zuverlässigsten Anhalt für die Beurteilung der Preislage bieten, sind diese zur Grundlage der Vergleichsermittlungen gemacht worden. Aus ihnen geht hervor, daß die Preise für dieselbe Gebäudart in den einzelnen Gegenden des Reiches sehr verschieden sind und bei privaten und städtischen Bauten ebenso schwanken wie bei fiskalischen. Zugleich ist aber auch ersichtlich, daß wohl die Preise der städtischen Ausführungen häufig höher sind als die der Privatbauten, daß sich dagegen die Preise der Reichsbauten im allgemeinen in den Grenzen der Privatbauten halten und nur in einzelnen Fällen ihre Höchstgrenzen übersteigen. Da die Bauten der Reichsverwaltungen, wie die Denkschrift weiter ausführt, in der Regel solider als Privatbauten hergestellt werden und daher auch geringere Unterhaltungskosten als diese erfordern, so kann die Annahme,

daß sich die Reichsbauten regelmäßig teurer stellen als Privatbauten, nicht als zutreffend angesehen werden.

Ob die Berechnungen der Reichsregierung in allen Punkten stichhaltig sind, wird sich an der Hand der Denkschrift allein kaum feststellen lassen, dazu bedarf es breiterer Vergleichsunterlagen als hier geboten werden. Von besonderer Bedeutung ist die Feststellung, daß die Gemeinden häufig teurer bauen als die Reichsbetriebe, eine Erscheinung, die nachzuprüfen unumgängliche Pflicht der in Frage kommenden Kommunen sein muß. Die Erklärung dafür kann nur darin gefunden werden, daß der Unternehmergewinn bei kommunalen Bauten größer ist als bei Reichsbauten; denn es wäre erstaunlich, wenn die reinen Verwaltungsausgaben bei den Gemeinden höher wären als bei den Reichsbetrieben, ebenso sind höhere Löhne bei Arbeiten für Kommunen ausgeschlossen. Zugleich wird damit ein neuer Beweis für die Zweckmäßigkeit der Ausführung von Gemeindebauten in eigener Regie geliefert. In zahlreichen Fällen liegt zweifellos die zwingende Notwendigkeit dafür vor, wenn die öffentlichen Interessen nicht zugunsten des Privatkapitals geschädigt werden sollen. Dem Gemeinwohl des Unternehmers ist damit gewiß kein günstiges Zeugnis ausgestellt, was indes nicht verwunderlich ist, da vom Kapital die Lieberzeugung öffentlicher Verwaltungen ebenso wie Steuerbehörde als ein selbstverständliches Recht in Anspruch genommen wird.

Neben einer Reihe von organisatorischen Maßnahmen empfiehlt die Denkschrift, die den Einfluß des früheren Schatzsekretärs Beremuth erkennen läßt, zur Verbilligung der Reichsbauten auch eine frühere Verabschiedung des Etats. Dadurch, daß der Etat in der Regel nicht wesentlich vor dem 1. April jedes Jahres verabschiedet wird, und daß die Bauten erst nach der Verbilligung der Mittel in Angriff genommen werden dürfen, geht bei Neubauten im ersten Baujahre vielfach die beste Zeit verloren. Eine weitere Folge davon ist, daß sich nicht nur die Materialien, die erfahrungsgemäß im März und April am billigsten sind, regelmäßig teurer stellen als bei früheren Verbindungen. Auch läßt sich oft infolge des späten Baubeginns der Hobbau vor Eintritt des Winters nicht mehr fertigstellen, wodurch bisweilen kostspielige Provisorien erforderlich werden. Diesen Gründen muß unbedingt Berechtigung zugestanden werden. Damit richtet aber die Regierung die schärfste Kritik gegen sich selbst; denn sie trägt die Hauptschuld an der späten Fertigstellung und späten Einbringung des Etats. Unter Hinweis auf die Ausführungen der Denkschrift sollte die von der sozialdemokratischen Fraktion stets angeforderte frühzeitige Einbringung des Etats um so nachhaltiger gefordert werden.

Auch von baugewerblichen Unternehmungen wird mehr und mehr versucht, höhere Beamté als Aufsichtsräte zu gewinnen. Ueber derartige Neigungen von Aktiengesellschaften sind gerade in jüngerer Zeit eingehende Diskussionen geführt worden. Von keiner Seite konnte bestritten werden, daß die Gewährung von Aufsichtsratsposten an höhere Beamté fast immer nur von dem Wunsche diktiert wird, gute Verbindungen mit Verbänden zu schaffen, sei es, um neue Geschäfte mit ihnen einzuführen oder schon bestehende Geschäftsbeziehungen vorzuteilhaft weiterzuführen. Etwas lang ist bei der unlängst erfolgten Gründung der Aktiengesellschaft Heinrich Westphal in Berlin die Reihe von Aufsichtsräten mit hohen Titeln; es sind an der neuen Gesellschaft interessiert: Geh. Regierungsrat Dr. jur. Seidel, Geh. Regierungsrat Dr. Jul. Bied und Wirl. Geh. Oberbaurat Oscar Bauer. Errichtet wurde die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 600 000 zur Ausnutzung deutscher Reichspatente zur Herstellung von trägerlosen Hofkassendecken. Vorstand der Gesellschaft ist Otto Nobel, Berlin. Die von Westphal eingebrachten Werte bestehen aus 100 000 Anteilen der Heinrich Westphal & Co., G. m. b. H. in Posen und 500 000 einer solchen Gesellschaft in Halle a. d. S. Ferner wurden von W. 17 Lizenzverträge mit 160 000 bewertet, weiter 100 000 Patente und 40 000 Mobilien usw. eingebracht. Die G. m. b. H. in Posen erzielte im ersten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 36 673, aus dem 16 pzt. Dividende auf 200 000 Stammkapital verteilt werden konnten. Die Gesellschaft in Halle erzielte in 1910 222 Reingewinn und stellt für 1911 5 bis 7 pzt. Dividende in Aussicht.

Rechendet wurde in letzter Stunde der Konkurs der Berliner Hypotheken- und Terranfirmen Mosler & Werse, über deren Schwierigkeiten wir berichtet hatten. Um eine ruhige Abwicklung der Geschäfte dieser Firma zu ermöglichen, wurde eine Erbanngesellschaft Mosler & Werse, G. m. b. H. ins Leben gerufen, der der Betrag von 150 000 zur Verfügung gestellt worden ist. Aus welcher Quelle diese Gelder geflossen sind, wird nicht bekannt gegeben, die Spender werden zu ihrem Verlangen nach Diskretion wohl ausreichende Veranlassung haben, was auch aus der folgenden Charakterisierung der Geschäfte Mosler & Werse durch das „Berliner Tage-

blatt“ zur Venüge zu erkennen ist: „Die Firma befaßte sich mit der Vermittlung von Baugeldern und regulären Hypotheken darat, daß sie zunächst durch die Höhe des von ihr zugelegten Darlehens die Konkurrenz aus dem Felde jagte. Sie stellte in der Regel 20—30 000 höhere Beträge in Aussicht, als normalerweise an erster Stelle gegeben wurden, und als soliderweise an erster Stelle bewilligt werden konnten. Das Geld verschaffte sie sich durch ihre Verbindung mit Berliner Finanzinstituten, unter denen insbesondere auch zwei Hypothekenbanken genannt werden; allerdings erhielt sie es von den Banken nicht in der von ihr zugelegten Höhe, sondern in dem um eben die „anormalen“ 20—30 000 niedrigeren Beträge; diese „Spitze“ gab die Firma Mosler & Werse aus eigenen Mitteln dazu — nicht ohne sich von dem Darlehensnehmer eine ausländige Entschädigung für die auf diese Art beschaffte, so außerordentlich hohe Hypothek zahlen zu lassen. Im übrigen repräsentierte sich der ganze Darlehensbetrag äußerlich (zum Beispiel im Grundbuch) als einheitliche Hypothek; denn die Bank trug, nachdem die „Spitze“ von Mosler & Werse übernommen war, kein Bedenken, zunächst die Hypothek insgesamt für sie einzutragen zu lassen und demnachst einen entsprechenden Teil davon an die Firma Mosler & Werse zu zedieren, die diese so erworbene Spitze zu Geld machte oder sich beseligen ließ und sie zu ihren finanziellen Transaktionen so lange benutzte, bis die Kreditbanken, sei es wegen des Umfangs, den diese Geschäfte annahmen, sei es wegen der sinkenden Werte der auf diese interessante Weise zustande gekommenen „Hypothekreste“, oder sei es endlich auf Grund der längst allgemein gewordenen Tendenzen zur Kreditreinstellung, Schluß machten. Für die augenblicklichen Berliner Bauwirtschaftsverhältnisse in der nächsten Zeit bedeutet diese Rettungsalaktion für Mosler & Werse nicht wenig; denn ein Zusammenbruch der Firma hätte mehrere Baufirmen von Bedeutung mitgerissen, ebenso verschiedene Baumaterialienfirmen.

Einen Millionenkonkurs eines Bauunternehmens gab es unlängst auch in Frankfurt a. M. Die Baufirma Gebrüder Seeger, die seit 40 Jahren bestand, fallierte. Zu den Aktiven gehören nicht weniger als 20 Hausgrundstücke. Von den Passiven sind dem Unternehmen weitere Kredite nicht nur verweigert, sondern anscheinend auch gewährte Kredite gekündigt worden. Eine kräftige Erholung weist der Abschluß der Akt.-Ges. für Bauausführungen vorm. Georg Köhnold & Söhne in Frankfurt a. M. auf. Der Reingewinn von 84 500 soll zur Tilgung der Unterbilanz aus dem Vorjahre, die 12 000 betrug, ferner zur Dotierung des Reservefonds und zur Bildung einer Immobilienreserve im Betrage von 45 000 Verwendung finden. In verfloffenen Jahre hat die Gesellschaft 6 pzt. am Umsatz verdient.

Eine Dividende von wieder 5 pzt. verteilt die Aktiengesellschaft für Bauausführungen zu Berlin, die nach Abschreibungen von 50 000 (im Vorjahre 67 850) einen Reingewinn von 277 139 gegen 271 039 im Vorjahre erzielte. In der Generalversammlung teilte die Verwaltung mit, daß sich unter den Umständen keine bedenklischen Posten befänden, da die Gesellschaft nur mit erstklassigen Bauherren arbeite. Die Herteinnahme neuer Aufträge habe sich gegenwärtig wie auch sonst im Frühjahr in engen Grenzen, und es sei anzunehmen, daß sich das Geschäft nach dem April lebhafter gestalten werde. Im allgemeinen sei die Gesellschaft gut beschäftigt, und zwar besonders auf kommunalem Gebiet und für die großen Elektrizitätskongerne. Ferner sei ihr der Erweiterungsbau des jüdischen Krankenhauses, der Bau einer Augenheilanstalt, sowie der jahreslangliche Klinik in der Invalidenstraße übertragen worden; auch sei die Gesellschaft mit dem Bau mehrerer Schulen in Lichtenberg, Charlottenburg, Steglitz usw. beschäftigt.

Ueber den Verlauf des ersten Halbjahres des laufenden Geschäftsjahres berichtet die Akt.-Ges. Held & Franke in Berlin, daß das Geschäft dauernd lebhaft gewesen sei. Auch für das zweite Semester sei eine gute Beschäftigung gesichert. Die Arbeiten am Ems-Weserkanal entwickelten sich weiter günstig. Die Liquidation der Gesellschaft ist unbedeutend gut. Von der Verwaltung wird erklärt, daß sie nach wie vor lediglich Bauten für fremde Rechnung ausführt, vorwiegend für Behörden, sowie ferner für große Industrieunternehmen und erstklassige Private. Die Gesellschaft stellt daher den beunruhigenden Vorgängen auf dem Terran- und Baumanarkt vollständig fern. — Bei der Akt.-Ges. für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten Döring & Lehmann in Gelmstedt wird eine Dividende von 10 pzt., wie im Vorjahre, zur Verteilung gelangen. — Eine Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Millionen auf 6 Millionen Mark nimmt die Akt.-Ges. Dyckerhoff & Widmann in Bielefeld a. N. vor. Die Aktien befinden sich gänzlich in den Händen der früheren Firmeninhaber Dyckerhoff & Widmann; als Aktiengesellschaft besteht das Unternehmen seit 1907. Es verteilte jährlich eine Dividende von 8 pzt.

### Politische Umschau.

Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatsgesetzes beim Reichstagen und Reichsjustizamt. — Antrag der Reichs-Verkehrsminister, betreffend Sicherheitsmaßnahmen auf deutschen Seeschiffen. — Durchpeitschung der nunmehr veröffentlichten Wehrvorlagen. — Die imperialistische Seuche.

Eisenbahnschmerz waren es, die nach Aufnahme der parlamentarischen Arbeiten die Abgeordneten sowohl des Reichstages als auch des preussischen Dreiklassenhauses beschäftigten und die in beiden Häusern langatmige Debatten zeitigten, die in ihrer Ausdehnung in umgekehrtem Verhältnis zu den positiven Ergebnissen stehen. Bei dem Etat des zum Schattendasein zurückgefallenen Reichseisenbahnamts werden in jedem Jahre so ziemlich dieselben Wünsche geäußert, die gleichen Mißstände gerügt, ohne daß die in ihren Kompetenzen arg bedrängte Reichsbehörde mit dem Präsidenten des Reichseisenbahnamts Waderapp an der Spitze auch nur den bescheidensten Versuch machte, eine tatkräftige Initiative in der Abstellung oft gerügter Mängel und offenkundiger Schäden zu entwickeln. Das Reichseisenbahnamt, das in richtiger Erkenntnis seiner Aufgaben an der Spitze aller deutschen Eisenbahnverkehrsbehörden stehen und für die Vereinheitlichung des gesamten deutschen Eisenbahnwesens Sorge tragen müßte, befindet sich leider in offenkundiger Abhängigkeit vom preussischen Eisenbahnminister v. Weitenbach. Trotzdem Präsident Waderapp die Aufgabe, daß der Eisenbahndienst außerordentlich aufreißend und gesundheitsgefährdend für die Beamten sei, konstatieren mußte, hielt er eine Arbeitszeit von 12, ja sogar bis 16 Stunden täglich, doch nicht für so hoch, als daß aus dieser Überbürdung eine Gefährdung der Betriebssicherheit erwachsen könnte. Sogar wie auch dem preussischen Eisenbahnminister sind die Eisenbahnen in erster Linie Institute, die mit ihren gewaltigen Ueberflüssen den Staatsfiskus zu füllen haben, während die Interessen der Betriebssicherheit und gar die des Arbeiterschutzes erst Fragen zweiter und dritter Ranges sind. Eine reichsrechtliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeit des Betriebspersonals, wie sie von sozialdemokratischer Seite gefordert wird, ist daher dringend notwendig.

Bei der Etatsberatung des Reichsjustizamts führte der Sozialdemokrat Stadthagen Klage darüber, daß die sogenannte „Heine Strafsachenkommission“, über deren Notwendigkeit im Hause Eigenmächtigkeit herrsche, noch immer nicht eingeleitet sei. Einige besonders krasse Fälle der jüngsten Rechtsprechung, in denen für geringfügige Entwendungen drakonische Strafen verhängt worden sind, erheben gebieterisch eine Wiederruf des Gesetzes. In der Hand eines recht umfangreichen Materials wandte er sich sodann gegen die Streifkriminalität im Ruhrrevier, mit berechtigter Forderung darauf hinzuweisen, daß die Verleumdungen gegen die „Majestäts Streifkrocker“ viel scharfer geahndet werden als Majestätsbeleidigungen. Dort im Ruhrrevier steht ja, wie überall, wo Arbeiter um die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen und dabei wegen geringer Vergehen angeklagt werden, die Klassenjustiz zurzeit in besonderer Blüte. Ein Ende gemacht werden kann diesen aufreißenden, jedem gefunden Gemütsmenschen Hohn sprechenden Zuständen erst dann, wenn die Richter, die heute ein Uebermaß von Unkenntnis der sozialen Verhältnisse zeigen und in den Vorurteilen ihres Standes und ihrer Gesellschaftsklasse befangen sind, vom Volke und aus dem Volke gewählt werden.

Am letzten Sitzungstage der Reichsstunde stand noch ein Antrag der Reichspartei, betreffend Sicherheitsmaßnahmen auf den deutschen Seeschiffen, auf der Tagesordnung, der veranlaßt war durch die erschütternde Katastrophe, der der Ozeanriesen „Titanic“ der englischen White Star Linie auf seiner ersten Durchquerung des Atlantischen Weltmeeres zum Opfer gefallen ist. Wenn es auch immer Ereignisse geben wird, die der Menschheit und Menschlichkeit Trost bieten, so scheint es uns doch, als ob sich bei Anwendung äußerster Vorsicht in der Navigation und in der Geschwindigkeit dies in der Geschichte der Seeschifffahrt beispiellose Unglück hätte vermeiden lassen, zumal der Schiffsleitung bekannt war, daß Eisberge von riesigen Dimensionen die von der „Titanic“ gewählte Fahrtrasse gefährdeten. Die Hauptschuld an dem Massenunglück, bei dem mehr als 1600 Personen den Tod in der kalten Flut fanden, trägt aber offenbar die Riesenhaus ungenügende Anzahl von Rettungsbooten. Das Riesenschiff, das fast 4000 Menschen Unterkunft gewähren konnte, verfügte nur über 20 Rettungsboote, die etwa 1100 Personen aufnehmen konnten. Weniger Luxus und mehr Rettungsboote, das ist die Hauptforderung, die angesichts dieser folgenschweren Katastrophe erhoben werden muß. Sollte man den durch allerlei Luxusverzerrungen beschlagene Raum dazu verwenden, um die nötige Anzahl von Rettungsbooten unterzubringen, so wären die 1600 Todesopfer nicht zu beklagen gewesen. Es ist daher dringend geboten, daß eine internationale Schiffsfahrtskonferenz einberufen wird, um einheitliche gesetzliche Bestimmungen für die Sicherheit von Mannschaften und Passagieren in Erwägung zu ziehen.

In der nächsten Woche wird sich der Reichstag zunächst mit den Wehrvorlagen und der Vorlage über die Deduktion der Wehrkosten zu beschäftigen haben, die in Gestalt von vier einzelnen Gesetzentwürfen dem Reichstage am letzten Montag zugegangen sind. Besonders Gewicht legt die Regierung offenbar auf die Annahme der einzelnen Wehrvorlagen, während an eine gleichzeitige Verabschiedung der Deduktionsvorlage bei der Kürze der Zeit sicher nicht zu denken ist. Sind erst die Wehrvorlagen unter Dach und Fach gebracht, dann braucht sich die Re-

gierung mit der Frage der Deduktion ja nicht zu übereilen; sie kann erst aus dem „Bollen“ wirtschaften und die „Aberhörschiffe“ des letzten Jahres verbrauchen. Hat sie schon einmal mit dem Bundesrat, daß keine neuen Ausgaben ohne gleichzeitige genügende Deduktion gemacht werden sollen, sündig gebrochen, so wird sie auch strupplos genug sein und die „Aberhörschiffe“ so lange betrieblässig, bis der Reichsdollars eine neue „Reichsfinanzreform“ nötig macht. Das als späterer Termin für die in den Wehrvorlagen geforderte Aufstellung der Neuformationen der 1. Oktober d. J. anzusehen ist, so wird man sich, genau wie bei den Steuererlassen des Jahres 1909, auf eine Durchpeitschung der Wehrvorlagen gefaßt machen müssen, ein Unterfangen, das besonders bei der Höhe des Objektes von dem Reichstage mit Entrüstung zurückgewiesen werden müßte. Mit dem ursprünglichen Plan, die Vorlagen ohne Kommissionsberatung durchzubrühen, dürfte die Regierung indessen kein Glück haben, und so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß der Reichstag zu einer kurzen Nachsitzung über Pfingsten hinaus zusammenzutreten wird. Auf den materiellen Inhalt der Vorlagen näher einzugehen, werden wir bei ihrer ersten Beratung Gelegenheit haben.

Mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß aber das frivole Treiben der Rüstungsfanatiker, denen die vorkommende Wehrvorlage mit ihren Neuforderungen von mehr als 650 Millionen Mark noch nicht genügt, unbelummet darum, daß ihre überspannten Forderungen den Nationalwohlstand und die Volkswirtschaft vollends verrieten müßten. Die große Masse der wehrfähigen Bevölkerung hat wohl schon heute dem Moloch Militarismus ungeheure Opfer zu bringen, so daß sie entschieden Protest erheben wird und muß gegen eine wie auch immer geartete weitere Belastung durch Steuern und Zölle. Das wirksamste Mittel, diesem wahnsinnigen Rüstungszauber und den dadurch ins Riesenschiff gestiegenen Ausgaben zu steuern, ist die Heranziehung der bestehenden Klassen zur Deduktion dieser Ausgaben durch Einführung der Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer, vor der sie sich allerdings bisher stets zu brühen verstanden. Sogar kommt noch, daß die dem Volkstüm durch den Militarismus entzogenen Millionen und Milliarden eine gesunde Entwicklung der sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben eines modernen Staates vollständig unmöglich machen.

In der Begründung dieser Vorlage hat sich die Regierung wiederum des alten, nun durch Ueberdruß gehörten Arguments, bedient, daß die militärische Lage eine Steigerung der Kriegsbereitschaft durch stärkere Heranziehung der zum Wehrdienst verfügbaren Wehrfähigen und durch Vervollkommnung unseres Heerwesens fordere. Zweifelloso bewirkt eine solche Subventionenforderung das Gegenteil von dem, was man zu erreichen vorgibt. Die selbstverständliche Konsequenz unseres Wehrzustandes wird anderen Mächten der Ansporn sein, ihre Heeres- und Flottenrüstungen, wenn auch unter großen finanziellen Opfern, auf eine den deutschen Forderungen entsprechende Höhe zu halten. Auch in Frankreich und England gibt es ebenso wie bei uns Rüstungsinteressenten, nationalistische Schwärmer und kriegerische Militärs, die gewiß nicht untätig der Verneinung der deutschen Heermacht zusehen; sie werden die Gelegenheit benutzen, um ihre Wälder und Regierungen zu noch höheren Leistungen aufzupeitschen. So wird diese Schnur ohne Ende in immer steigendem Maße zu einer Geißel für die Völker, die notwendig, wenn ihr nicht vorher Einhalt geboten wird, zur Zerrüttung der Kultur führen muß, niemals aber eine Sicherung des Weltfriedens bedeuten kann. Die parlamentarischen Verhandlungen, die sicher mit dem größten Interesse verfolgt werden müssen und zweifellos recht erregte Debatten zeitigen, werden dem deutschen Volke wieder einmal zeigen, ob außer der Sozialdemokratie noch andere Parteien, die sich so oft und gern als die wahren Volksparteien ausgeben, den Kampf gegen den volksverwüstenden Militarismus und Imperialismus aufnehmen wollen. Allzu großen Hoffnungen wird man sich jedenfalls auch selbst bei der fortschrittlichen Volkspartei nicht hingeben können, die äußerstenfalls anfangs ein oppositionelles Gebaren zur Schau tragen wird, um es hinterher bei der faktischen Entscheidung an der nötigen Energie und Konsequenz fehlen zu lassen.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Hamburger Kritik am Bremer Lloyd. — Hamburg-Bremen gegen Emden. — Auswanderung 1911. — Die Angliederung der Bergmannwerke.

Zwischen Hamburg und Bremen hat stets ein stiller Kriegszustand geherrscht, der ab und zu auch in lauten und scharfen Auseinandersetzungen zum Ausbruch kam. Hamburg sah dabei zuweilen seinen vom Erfolg erzeugten Uebermut in wenig schöner Weise an dem prächtigen vom Glück begünstigten Altsalen; Bremen erwiderte dem hochmütigen Emporkömmling an der Elbe mit der ganzen Gerechtigkeits des verbitterten Besiegten. Schiffs-techniker und Seelenleute fühlen sich wohl in ihrer Mehrzahl noch heute stärker zum Norddeutschen Lloyd, der Veröberung der bremischen Schifffahrt, hingezogen, während sie in der Ballistik Hamburg-Amerika-Linie häufig nur die Veröberung der größeren kaufmännischen Geisteswelt sehen. Aber was hilft das alles? Die Hamburg-Amerika-Linie gab zwar 1908 auch einmal keine Dividende, indes 1907 6 pzt., 1909 abermals 6 pzt. und 1910 und 1911 8 und 9 pzt. Dagegen der Norddeutsche Lloyd blieb zwei Jahre lang dividendenlos, und 1907 brachte er es nur auf 4 1/2 pzt., 1910 nur auf 3 pzt. und 1911 endlich wenigstens auf 5 pzt.

Selbst dieses bescheidene Dasein wird jetzt wieder einmal von Hamburg aus dem Lloyd kritisch gemacht, und

wenn die offenbar wohlberechneten Angriffe zutreffend sein sollten, so hätte die größere Offenheit in Deutschland gleichfalls ein starkes Interesse an den aufgeworfenen Fragen. In der „Reichszeit“ wird nämlich dem Lloyd vorgeworfen, er überbörte das Reich ganz gewaltig bei der Bilanzauflistung für die Subventionenfahrten nach Ostasien und Australien, und selbst der jährliche Ertrag der sonstigen Schifffahrt erkläre sich vorwiegend daraus, daß eine ganze Schaar von Nebenunternehmungen und Großinteressen sich an den Lieferungen und sonstigen Geschäftszusammenhängen beim Lloyd ungebührlich bereichere. Bei diesen Geschäftszusammenhängen finde man jedoch immer wieder die gleichen Leute, die dem Aufsichtsrat nahe ständen: „Der Lloyd darf kein Antitrust mehr sein, sein Trutz, der in sich selbst alles deckt aus eigenen Produktionsanstalten, was er braucht. Der Lloyd ist beteiligt an Mineralwasser- und Seltenerwasserfabriken, einem Kohlenbergwerk (dessen Ruzge er aber wahrscheinlich im stillen wieder abgekauft hat), an Wäbelfabriken, einer Verlagsbuchhandlung, an einem Tauwerk usw. Was das Herz nur wünscht. Das ist ein Geschäftsbetrieb, der nicht mehr zu überblicken ist.“ Die Hamburger „Reichszeit“ ist so freundlich, am Schluß eine Veranschaulichung der Ballistik zu empfehlen. „Neben der Sapag hält sich der nunmehr schon Geschwächte nicht mehr. Legt die Aktien zusammen. Das rat man an der Börse, und wie schon wäre es.“ Das Hauptziel des Aufsichtsrates scheint aber zunächst zu sein, vor der Erneuerung der Reichssubvention im Jahre 1914 eine gründliche Nachprüfung der Lloydbilanzen in Fluß zu bringen. Diesen Wunsch können wir natürlich im Interesse der Steuerzahler nur unterstützen, so mißtrauisch wir sonst der Tendenz der Hamburger Kritik gegenüberstehen.

Nun will es aber ein spöttischer Zufall, daß die beiden großen rivalisierenden Reedereien und Hafenplätze durch einen plötzlich auftauchenden Außenfeind zu gemeinsamen Widerstande verbunden werden. Mit unveränderlicher politisch-staatlicher Unterstützung soll nämlich G d e u, der letzte deutsche Großhafen vor der holländischen Grenze und Küste, zu einem Auswandererhafen mit regelmäßigen Passagierdampferfahrten entwickelt werden. Der Plan gilt natürlich in erster Linie der Einschränkung des holländischen Wettbewerbes, trifft indes die beiden Hamburg-Bremer Reedereien gleichfalls an einer recht empfindlichen Stelle. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß landwärts eine wesentliche Erhöhung der Eisenbahnverbindungen Emdens eintritt, das bisher vorwiegend auf die Massentransporte des Dortmund-Emskanals angewiesen war. Preußen besaß bisher überhaupt keinen Auswandererhafen; es hat aber in den Hafen von Emden 80 Millionen Mark hineingesteckt, teils um eine Küstenbasis im Falle eines Nordseekrieges zu verbessern, teils um das Uebergewicht Rotterdam und Antwerpen zu schwächen, das bis nach Bremen hinüber seine Folgewirkungen ausübt und mit der Fertigstellung des Kanals vom Rhein nach Hannover und mit der Fortsetzung der Maintalfahrt noch stärker zu werden droht.

Bis zur Verwirklichung des Gedankens wird natürlich noch viel Wasser den Rhein, die Weser und die Elbe hinabfließen. Aber die Geschäftigkeit, mit der Wallin und der Norddeutsche Lloyd, die beiden plüßlich durch ihre Interessen wieder zusammengebrachten Geuer, die Auswandererkonzeption für Emden zu hinterfragen suchen, spricht dafür, daß es sich nicht bloß um einen müßigen, ausichtslosen Einfall handelt. Hinter dem Plan soll auch die Entscheidung über die Reederei stehen, vor allem jedoch der Fürsitzer (Döring und Fürstberg). Dieser Trutz trat kürzlich schon betreffs der politischen ebenfalls wichtigen Debatte „in“ in Gegenwart zum Lloyd und zur Sapag, wobei die Deutsche Bank, der wegen der Bagdadbahn eine besondere Rolle im Vorder- und mittelasiatischen Verkehr zufällt, sich an die Seite der Hamburg-Bremer Reedereien stellte. Der neue Emdener Hafen, mit einer Fahrtrasse von 11 m Tiefe, soll 1913 dem Verkehr übergeben werden. Ein großes Terrain am Dortmund-Emskanal wurde für 6 Millionen Mark von Hugo Stinnes erworben; wie es hernach bestimmt wird, für ein transatlantisches Schiffsverkehrsunternehmen, dessen Umriffe sich jetzt greifbarer zu zeigen beginnen. Auf interessante Auskünfte anderungen und Interessentenkämpfe darf man deshalb gefaßt sein.

Bei dieser Gelegenheit mögen gleich die Auswanderungsziffern für das Jahr 1911 nachgeholt sein. Im Laufe des Kalenderjahres wurden Personen befördert:

	1911	1910	1909	1908
über Hamburg .....	86 895	118 131	112 525	48 595
über Bremen .....	115 044	157 896	144 417	74 626
Zusammen .....	201 939	276 027	256 942	123 221

Ueber Antwerpen wanderten im Jahre 1911 62 407 Personen aus gegen 81 497 im Jahre 1910 und 73 320 im Jahre 1909.

Die eigentliche Einwanderung in den Vereinigten Staaten betrug 1911 782 545 Personen gegen 1 071 785 im Jahre 1910. Dazu kamen als Nichtimmigranten (non-immigrant aliens, Kapitpassagiere, Reisende) 1911: 154 969, 1910: 151 823 landende Fremde.

Die Angliederung des Bergmannkonzerns, deren Vorstufen wir früher schilderten, hat sich in folgender Weise vollzogen: Das Aktienkapital von Bergmann wird umgedrungen von 29 auf 62 Millionen Mark erhöht. Von den neuen Aktien sollen 14 1/2 Millionen Mark vollzahlbare Aktien von einem Konjunktur, bestehend aus der Deutschen Bank, der Direktion der Discountgesellschaft, dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt und dem Bankhaus Bernhard Caspar Hannover, übernommen und von diesem den alten Aktionären im Verhältnis 1:2 zum Kurse von 110 pzt. zum Bezug angeboten werden. Die restlichen 47 1/2 Millionen Mark, auf die zunächst 50 pzt. einzuzahlen sind, sollen die Eigentümer-Schuldner-Werte gleichfalls zum Kurse von 110 pzt. übernehmen. Wenn man bedenkt, wie eng bei-

\* Lebante: Morgenland, Kleinasien, aber auch die angrenzenden Gebiete Aegyptens, des Schwarzen Meeres, Griechenland.

spielsweise auch die Deutsche Bank mit den Siemens-Schuckert-Interessen verhandelt ist, so tritt der Sieg des Siemenskonzerns als Abschluss des Ganges deutlich hervor. Berlin, 16. April 1912. Max Schippel.

### Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

##### Kartellvertrag

zwischen dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter und dem Deutschen Bauarbeiterverband.

Zur Wahrung gemeinsamer Interessen der Mitglieder beider Verbände sowie zur Vermeidung von Differenzen sind nachstehende Abmachungen getroffen:

1. Die Funktionäre beider Organisationen haben bei Aufnahme neuer Mitglieder darauf zu achten, daß Personen, die im Baugewerbe beschäftigt sind, im Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter, und Personen, die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind, im Deutschen Bauarbeiterverband in der Regel keine Aufnahme finden. Ausnahmen sind zulässig, wenn die betriebsfremden Arbeiter nicht zahlreich genug sind, um eine lebensfähige Mitgliedschaft zu bilden. Sind es zehn oder mehr Mitglieder, so sollen sie sich der Regel nach ihrem Berufsverband als Zweigverein anschließen.

2. Mitglieder beider Verbände, die in einem Betrieb arbeiten, für den der andere Verband zuständig ist, haben sich innerhalb sechs Wochen diesem anzuschließen, sofern in dem Arbeitsbezirk eine Mitgliedschaft des Berufsverbandes besteht. Hierin sind solche Mitglieder ausgenommen, die wegen Maßregelung im Beruf der Organisation, der sie angehören, keine Arbeit mehr erhalten und sich in führender Stellung (Vorrich- oder Kasse) in der Organisation befinden.

3. Wer ein volles Jahr im andern Beruf beschäftigt ist, muß auch im Ausnahmefall des § 2 übertreten, es sei denn, daß beide Verwaltungen der örtlichen Organisationen mit dem weiteren Verbleiben in der alten Organisation einverstanden sind.

Vom ersten Tage ihrer Beschäftigung an unterziehen alle Mitglieder bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Abmachungen desjenigen Berufes, in dem sie arbeiten. Insbesondere gilt dies auch für die Abmachungen vor Inangriffnahme der Arbeit, wie zum Beispiel bei Vertretungen der Waldarbeit usw.

4. Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die beabsichtigen, zukünftig Arbeit in der Land- oder Forstwirtschaft anzunehmen, sind verpflichtet, die Versammlungen des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter möglichst zu besuchen, damit ein gemeinsames Kartell erzielt wird. Ferner sind sie verpflichtet, sich bezüglich der Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter in Verbindung zu setzen, sei es mit einer bestehenden Ortsgruppe oder mit der zuständigen Gauleitung resp. dem Verbandsvorstand.

5.tritt ein Mitglied des einen Verbandes in den andern Verband über, so hat es sich vorher in seiner alten Organisation abzumelden, seine Beiträge bis zum Tage der Abmeldung zu begleichen und sich die Abmeldung im Mitgliedsbuch bescheinigen zu lassen. Der Uebertritt erfolgt dann unentgeltlich und unter Anrechnung der Mitgliedschaft in der alten Organisation.

6. In Orten und Bezirken, wo baugewerbliche Arbeiter mit einer gewissen Regelmäßigkeit während der Wintermonate Arbeiter (Waldarbeiter usw.) ausführen, für die der Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter zuständig ist, gelten für die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes folgende Bestimmungen:

a) Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die frühestens am 15. Oktober eine Beschäftigung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben aufnehmen und diese spätestens am 15. März aufgeben, sollen vor dem 1. Dezember nicht zum Uebertritt in den Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter angehalten werden und haben das Recht, mit dem 1. März in den Deutschen Bauarbeiterverband wieder überzutreten.

b) Voraussetzung für diese Ausnahme von den allgemeinen Uebertrittsbedingungen ist, daß die betreffenden Mitglieder ihre Beiträge im Deutschen Bauarbeiterverband bis Ende November voll bezahlt haben und in der ersten Märzwoche wieder mit der Beitragszahlung im Deutschen Bauarbeiterverband beginnen. Diese Pflichterfüllung ist durch Mitgliedsbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes bei dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter nachzuweisen.

c) Während der Monate Dezember, Januar und Februar sollen die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes der vollständigen Direktion des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter unterstehen, die von diesem Verbande festzusetzenden Pflichten erfüllen und Anspruch auf die von ihm zu gewährenden Rechte haben.

d) Mitgliedern, die folgermaßen ihre Pflicht im Deutschen Bauarbeiterverband und im Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter erfüllen, gewährt der Deutsche Bauarbeiterverband die in diesem Verband erworbenen Rechte, soweit ihre Gewährung nicht ganz oder zum Teil als Pflicht auf den Verband der Land- und Wald-

und Weinbergsarbeiter übergegangen ist. (Beihilfe in Krankheits- und Sterbefällen, abgesehen der vom Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter gezahlten Unterstützung.)

Über den Wechsel in der Beschäftigung der Mitglieder, über Pflichterfüllung und Unterstützungsfälle haben sich die Verwaltungen der beiderseitigen örtlichen Organisationen baldmöglichst Mitteilung zu machen. Die Mitgliedsbücher beider Verbände bleiben im Besitz der Mitglieder.

7. Im andern Beruf beschäftigte, noch nicht übertretene Mitglieder haben die von der Berufsorganisation ausgerechneten Entgelteuren an diese zu zahlen. Sie dürfen im Falle eines Kampfes keine höhere Unterstützung erhalten, als die kämpfende Organisation ihren Mitgliedern gewährt. Auch darf die Karenzzeit keine längere sein.

8. Während eines Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen an dem betreffenden Orte Mitglieder der kämpfenden Organisation nicht in die andere Organisation aufgenommen werden.

9. Die Kontrollmeldung bei Arbeitskämpfen geschieht täglich, einmal bei der kämpfenden, und einmal bei der eigenen Organisation, in den von den Organisationen einzurichtenden Meldestellen. Beide Meldestellen haben sich über Verhältnisse in der Kontrollmeldung sowie über etwaige Arbeitsgelegenheiten zu berichten. Die Unterstützung zählt jede Organisation selbst aus.

10. Die Zahlstellen resp. Zweigvereine sollen sich gegenseitig verständigen über Mitglieder, die a) wegen Vertragsreife gestrichen sind, b) wegen zu hoher Beiträge ausgetreten sind, c) wegen Vergehens gegen die Interessen der Organisation und gegen die allgemeine Solidarität ausgeschlossen wurden. Solchen Personen ist die Aufnahme zu verweigern.

11. Beschwerden gegen einzelne Mitglieder oder Zahlstellen beziehungsweise Zweigvereine am selben Orte sollen nach Möglichkeit die in Frage kommenden Vorstände selbst regeln. Wird eine Einigung nicht erzielt, dann ist die Beschwerde dem betreffenden Zentralvorstand zu unterbreiten, der sich dann mit dem andern Zentralvorstand in Verbindung setzt und nach vorliegendem Regelwerk entscheidet.

Hamburg, den 22. Januar 1912.

Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter usw. Deutscher Bauarbeiterverband. V. A.: Georg Schmid. V. A.: Gust. Behrendt.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 12. bis 19. April sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
161782	Migazin, Wilh.	Fahrenholz	15. 3. 77	30. 3. 09
156592	Arnbruster, G.	Mittelbach	9. 10. 82	15. 4. 07
179960	Kalktrufsch, G.	Rackfchen	22. 10. 86	24. 1. 09
078947	Bollmann, Otto	Zittich	5. 1. 87	15. 4. 11
A 4007	Borff, Wenzel	Tschlowitz	13. 8. 89	9. 6. 06
48898	Gucci, Sebastian	Poppo	28. 8. 70	15. 8. 10
0225372	Dinkel, Georg	Langen	15. 12. 65	1. 4. 12
0200747	Dintel, Karl	Wiesendbrunn	28. 8. 70	24. 2. 12
0156667	Drauth, Wilhelm	Gernsbühl	24. 10. 86	20. 11. 11
201470	Dürropf, G.	Schuppshorst	3. 10. 88	29. 9. 10
021562	Eichhorn, Walter	Hölsitz	28. 12. 86	26. 3. 11
0172353	Grischammer M.	Wesell	26. 6. 90	1. 11. 11
235909	Gahn, Albert	Wochen	26. 9. 91	17. 7. 09
238962	Gafemann, Fr.	Stadthagen	7. 4. 89	24. 2. 06
88626	Gelbig, Alfred	Jahna	7. 11. 91	18. 5. 10
012566	Gohn, Matthias	Bildberuch	4. 8. 84	1. 5. 11
07816	Jädel, Heinrich	Radewitz	11. 2. 59	26. 3. 11
229884	Jeworowski, Fr.	Schödlitz	16. 12. 88	1. 3. 10
128198	Karlguth, Adolf	Grändenz	3. 10. 60	1. 3. 05
0141877	Kleina, Watan	Schwarzwald	24. 2. 90	26. 9. 11
060740	Klugein, Michel	Bamberg	21. 7. 88	15. 4. 11
71332	Korditz, Franz	Harzig i. Böh.	14. 10. 82	29. 5. 09
01365	Kring, Peter	Brat	18. 10. 85	17. 12. 19
95013	Marciniak, Mart.	Maronowid	10. 9. 79	1. 11. 05
0248655	Mandel, Michel	Bonn	18. 5. 90	9. 9. 11
063100	Manga, Anton	Winterberg	27. 5. 92	15. 5. 11
28943	Marlich, Richard	Berggörsbübel	28. 12. 92	4. 4. 09
12886	Mitrowski, Gust.	Neundenorf	30. 7. 63	22. 5. 07
076393	Baefsch, Karl	Neudorf	19. 12. 94	1. 3. 11
179474	Barfisch, Karl	Mitzeln	25. 10. 7	1. 4. 10
0101646	Bieper, Wilhelm	Bochum	13. 5. 83	9. 7. 11
0107412	Bontoni, Enrico	Italien	4. 8. 84	15. 7. 11
0161549	Protas, Franz	Oesterreich	25. 11. 88	15. 10. 11
0146285	Rehner, Josef	Siegenbach	11. 8. 97	29. 8. 11
0107107	Sackenheim, P.	Dielsch	11. 11. 89	16. 6. 11
152496	Sandfort, Herm.	Carlsloh	24. 9. 76	3. 8. 05
022542	Schin, Josef	Sandshüt	12. 12. 92	22. 3. 11
93842	Schmiede, Heinr.	Berlin	24. 4. 93	11. 11. 10
150923	Schmidt, Jakob	Großhofheim	31. 1. 88	11. 9. 10
176370	Schneider, Peter	Kreispolitzchen	21. 8. 66	27. 8. 12
037232	Schwanm, Paul	Bresslau	22. 9. 90	15. 3. 11
292206	Schryder, Mich.	Brücken	17. 2. 87	5. 8. 11
064215	Sperling, Paul	Gummersdorf	5. 11. 93	28. 4. 11
074388	Steinide, Ernst	Landau	5. 2. 93	1. 4. 11
53881	Stöckling, Heinr.	Wiesefeld	10. 4. 69	27. 7. 06
146905	Strümpfel, Paul	Kleinbuch	27. 9. 90	15. 8. 10
216923	Tsche, Paul	Klein-Gabitz	18. 11. 90	27. 11. 09
236053	Taubert, Emil	Görschheim	7. 1. 86	1. 8. 06
186401	Tetter, Th.	Meier	20. 11. 82	25. 9. 05
180400	Wolter, Gg.	Witdorf	6. 4. 82	4. 3. 05
234711	Weißmann, Mich.	Daehau	10. 4. 76	30. 7. 04
092402	Wollma, Vincent	Raganowitz	12. 7. 79	15. 7. 11
181347	Zahner, W.	Dürnwangen	18. 4. 83	1. 10. 07
286189	Zaremka, Bernh.	Kommortz	14. 12. 71	13. 9. 05

Neiueunterstützung für Stuttfatüre. Entsprechend den Angliederungsbedingungen, sind die aus dem Stuttfatüre-Verbande übergetretenen Mitglieder berechtigt, während des ganzen Jahres Neieunterstützung zu erheben. Der Anspruch verlischt also nicht mit dem 1. April. Im übrigen gelten die durch Zirkular und Bekanntmachungen betroffenen Bestimmungen; jedoch sei nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nur die Zweigvereine zur Auszahlung verpflichtet sind, an deren Sitz eine Filiale des Stuttfatüreverbandes bestanden hat.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Zu diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzufügen.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 13. bis 19. April erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Wann oder Frau
Artern	August Bächner	Maurer	147818	Frau
Urschaffenburg	B. Wegbacher	"	226165	"
Bamberg	Michel Saloman	"	122365	"
Warmer	Ferd. Wöllner	"	58067	Mann
Berlin	Friedrich Fric	Hilfsarb.	7802	Frau
"	Johann Kräfte	Maurer	4663	Mann
"	Otto Kofky	"	7676	"
"	Theodor Seifert	Stuttfatüre	255610	"
"	Emil Bender	Hilfsarb.	955	Frau
"	Edm. Rommol	Maurer	1116	Mann
"	Ant. Piotrowski	"	1112	"
"	Karl Koste	"	6938	"
Bremen	Johann Güneke	"	78407	Frau
Bruchmühle	Karl Matthes	"	234526	"
Cassel	Heint. Wollborn	"	240693	Mann
Cöln	A. Hirschfeld	Hilfsarb.	53505	"
"	Otto Uhl	"	54559	"
Cottbus	August Müller	Hilfsarb.	135558	"
Dobersan	W. Krost	Maurer	163846	"
Dresden	P. Königsmark	"	24471	Frau
"	Moriz Lehner	Hilfsarb.	28029	Mann
"	Johann Bergner	Maurer	250761	Frau
"	Gust. Großmann	"	22637	"
Düsseldorf	Peter Bleiß	Hilfsarb.	225397	Mann
Eutin	Gust. Ledeborn	"	244756	"
Forchheim	Andreas Dietrich	"	181262	Frau
Greiz	Eduard Börner	"	196308	"
Halle	Franz Schmidt	Maurer	91204	Mann
Hamburg	Heinr. Schmidt	"	12933	Frau
"	Dans Hansen	"	241685	Mann
"	G. Knaak	Stuttfatüre	355797	"
Hannover	Karl Bergmann	Maurer	63567	"
Heilbronn	G. Waldbühner	"	128492	Frau
Herford	Em. Greweling	"	154720	Mann
Hildesheim	Heinr. Wolpers	"	153861	Frau
"	Karl Hofhage	"	155612	"
"	Franz Blossyca	Maurer	115208	"
Kattowiz	Marg. Sing	Hilfsarb.	76593	"
Königsberg	Rudolf Sing	Maurer	75617	Mann
"	Julius Beck	"	242345	"
Leipzig	S. Langer	"	207522	Frau
See	Wilhelm Wiffort	"	139473	Mann
Sudenwalde	S. Wankenburg	"	218601	"
Weiersberg	Theodor Weter	Einshaler	37866	"
Wänaen	Ludw. Gletner	Hilfsarb.	46041	Frau
"	Heinr. Goutler	Maurer	37430	Mann
"	Johann, Beer	Hilfsarb.	41381	"
"	Martin Dolzer	Einshaler	35291	Frau
"	Georg Weber	"	240820	Mann
"	S. Szobrowsky	Maurer	223615	"
Neumünster	Michel Krauß	Hilfsarb.	60327	Frau
Nürnberg	Josef Sailer	Stuttfatüre	267373	Mann
"	Georg Wurt	Steinb.	60901	"
"	L. Hansenperling	Hilfsarb.	60235	"
"	Johann Hilgert	"	60608	"
"	Johann Bittner	"	60613	"
"	Fritz Hofmann	Maurer	156925	"
"	Karl Wicker	"	139693	Frau
"	August Böhme	"	240982	Mann
"	Friedr. Sperling	"	240784	"
Quedlinburg	Johann Eich	"	120524	Frau
Regensburg	Heinrich Waigl	"	181244	"
Roth a. S.	Johann Dofel	"	237908	"
"	Karl Sailer	"	174825	Mann
Sachwitz	Gustav Gutte	"	132215	Frau
Sora	Karl Wachelmann	"	88710	Mann
Strasburg i. Elß.	Paul Dome	"	175183	"
Waldenburg	Friedrich Regel	"	142581	Frau
Yerbiz	"	"	"	"

Vom 16. bis 22. April haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gefandt:

Altenburg	M. 139,51.	Artenfee	36,68.	Apolda	91,85.
Augsburg	1977,33.	Alttdamm	147,59.	Alrensöb	83,88.
Ausleben	19,12.	Luerbach i. B.	669,13.	Artern	76,66.
Amberg	129,60.	Bremen	4793,36.	Braunfchweig	816,35.
Bargel	78,81.	Burgsteinfurt	17,45.	Bewesen	17,03.
Bayreuth	409,50.	Spizenburg	191,15.	Brumshüttel	132,46.
Bernburg	116,25.	Bunzlau	112,60.	Berg 97,35.	
Belgrad	66,91.	Bornhöved	64,20.	Bomburg	61,91.
Bernaun	56,58.	Burgelude	52,22.	Briel	48,28.
Bahy i. Pom.	47,47.	Wißhou i. M.	32,40.	Burgberg i. O.-Pr.	29,34.
Bramsche	22,01.	Rehau	11,82.	Wiesefeld	1608,86.
Wrieg	309,86.	Brandis	76,60.	Wände i. W.	12,42.
Wubitz	29,95.	Wargelude	217,32.	Cottbus	196,93.
Hochfeld	114,96.	Cheunitz	2867,10.	Cöthen	148,34.
Cönnern	62,12.	Croffen a. d. S.	66,49.	Culmb. 12,35.	
Cüstrin	26,48.	Cresfeld	1054,60.	Coburg	244,11.
Crotzsch	17,94.	Coesfeld	9,40.	Droyßig	71,93.
Darmst.	1822,91.	Dargun	1822,91.	Dargun	1822,91.
Dargun i. W.	13,62.	Döben	56,85.	Deßau	51,98.
Döhlen a. M.	10,95.	Merseburg	37,60.	Deutschl.-Eylau	83,82.
Dormund	4,89.	Düffeldorf	5390,42.	Erdeborn	120,24.
Eichhof i. Pom.	"	"	"	"	"



Gau Berlin.

Die Sperre über den Unternehmer Densel im Bereich...

Gau Bromberg.

In Rogasen gelang es uns nach vieler Mühe, die dortigen Maurer...

Gau Frankfurt.

In Wehra wurden im Jahre 1910 durch mündliche Vereinbarung...

gearbeitet hatten, diesem nicht nachkamen, wurden zehn Mann entlassen...

Gau Hamburg.

In Scherrefe haben die Kollegen am 15. April die Arbeit eingestellt...

Gau Karlsruhe.

In Godesheim (Zweigverein Mannheim) mußte im vergangenen Jahre nach dreizehnwöchigen Kämpfen der Streik...

Neigung zum Friedensschluß bekommen, denn die Bausitätigkeit ist sehr gut...

Mohrungen. In den bei der Firma Hildenbrand-Walden...

Gau Straßburg.

Aus Straßburg schreibt man uns: Der Streik in Illkirch-Grafenstaden ist beendet...

Berichte.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

In Mettem a. M. hat sich, nachdem ein im Jahre 1901 gegründeter Zweigverein...

Ungetreue Kassierer.

Am 15. April hatte sich der frühere Kassierer des Zweigvereins...

Gau Rönigsberg.

In Rya sind unsere Kollegen am 17. April in den Streik eingetreten...

Defizit von M 233,01 vorhanden war. Der Selbstbetrag stellte sich nun auf M 556,71. Werner wurde nun sämtliches Material abgenommen. Er war auch Kassierer der Bauarbeiterkommission und Kassierer der sozialdemokratischen Partei. Als diese Körperschaften von dem Fehlen des Betrages Kenntnis erhielten, nahmen auch sie Revisionen vor. Auch hier war kein Geld mehr vorhanden. Die Bauarbeiterkommission hatte einen Kassenbestand von M 28,39, und der Parteiorganisation Schulders er für M 219,50 Betrages. Der Gesamtbetrag stellte sich auf M 815,10. Von diesem Betrag hat Werner M 323,71 an den Deutschen Bauarbeiterverband zurückgestellt, es verblieb somit noch ein ungeklärter Betrag von M 491,39. Vor Gericht erklärte Werner wieder, er wisse nicht, wie der Verlust entstanden sei. Der Staatsanwalt wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß Werner einen großen Vertrauensbruch begangen hätte; er müsse deshalb bestraft werden; er beantragte für die Unterschlagung beim Bauarbeiterverband einen Monat, für die bei der Bauarbeiterkommission fünf Tage und für die bei der sozialdemokratischen Partei drei Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtgefängnisstrafe von einem Monat. — Die Strafkammer des Landgerichts Hildesheim berurteilte in ihrer Sitzung vom 16. April den früheren Vorsitzenden des Zweigvereins Alfred des Zentralverbandes der Maurer und späteren Bauarbeiterverbandes, Rudolf Zimmermann, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern im Betrage von M 204,24, von denen inzwischen M 13,80 abgetragen waren, zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Der Vorsitzende der Strafkammer wies während der Verhandlung nicht mit Unrecht darauf hin, daß den Genossenschaften dringend zu empfehlen sei, in der Auswahl von Personen zu sich exponierten Stellen mehr Vorsicht zu üben und etwas wärsamer zu sein, da durch Verhütung solcher Fälle auch das Ansehen der Genossenschaften nur gewinnen könne. Zur Entschuldigungsverurteilung wurde Zimmermann beim Gerichte den Glauben zu erwecken, daß seine verstorbenen Ehefrau und seine Schwiegermutter ihm die Summe im Laufe der Zeit entwendet hätten. Diesen Angaben maß aber das Gericht keinen Glauben bei.

**Zur Frage der Wanderschaft im Winter.**

Zu dieser im Nr. 12 des „Grundstein“ vom Kollegen Karl Schulte erörterten Frage hatte ich schon im Jahre 1909, als der Statutenentwurf zur allgemeinen Erörterung stand, Anregungen an die Redaktion des „Vauhilfsarbeiter“ gegeben: Diese verschwanden aber im Redaktionspapierkorb, angeblich, weil das Manuskript nicht druckreif war. Es ist richtig, daß im Winter viele Kollegen in schlechtem Zustande im tiefen Schnee und schlechten Wetter herumlaufen müssen und in ihrer schlechten Laune die Unterstützung ausgabler in gräßlicher Weise anfahren. Dies wird sich aber nicht ändern, wenn nicht die Winterreiseunterstützung abgeschafft wird und an Stelle der Reiseunterstützung eine Notstandsunterstützung tritt, die am letzten Wohn- und Arbeitsort auszugeben ist, sobald ein Kollege, mag er lebend oder verheiratet sein, in Not gerät. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch arbeitslose verheiratete Kollegen im Winter auf die Wanderschaft gehen, weil sie zu Hause weder eine Notstands- noch Reiseunterstützung erhalten. Würde eine Notstandsunterstützung eingeführt, so würde wohl auch das sogenannte „Schmalmaden“ in Wirtschaften wegfallen, wobei den reisenden Kollegen sehr häufig von unbefugter Hand das Verbandsbuch abgenommen wird, was diese dann, um einer Bettelstrafe zu entgehen, als verloren melden. In jeder Nummer des „Grundstein“ ist eine Spalte von verlorenen Büchern gedruckt. Mit den Spareinlagen, die kollektive Schulge ausregt, wird es wohl nichts werden, weil sich unsere Kollegen auf dem schlechten Lohn, die in mittleren Städten und auf dem Lande gezahlt werden, nicht soviel zurücklegen können, daß sie den ganzen Winter über oder auch nur einige Wochen davon leben können. Ein großer Teil der Kollegen spart sich ja auch schon soviel wie möglich, geht aber dann nicht eher auf die Wanderschaft, als bis der letzte Groschen verzehret ist. Besteres ist auch sehr richtig; denn wozu soll man denn die Ersparnisse auf der Bahn verfahren, die hohen Schlafgelber in Verbergen und Gasthöfen zahlen und obendrein Schule und Kleidungsstücke herumreißen. 80 von 100 Kollegen würden nicht auf Wanderschaft gehen, wenn sie nicht dazu gezwungen wären. Viel besser wäre es, wenn eine Notstands- oder Arbeitslosenversicherung auf gewerkschaftlicher Grundlage geschaffen würde, an der alle Verbände teilnehmen könnten. Dann würde wohl bald das Wandern abflauen; denn heute werden viele Kollegen im Winter nur mit dem Koffer der Reiseunterstützung auf Wanderschaft geschickt. Man sollte eine Urabstimmung vornehmen, ob nicht die Reiseunterstützung abgeschafft und dafür eine Notstandsunterstützung eingeführt werden soll, die den bedürftigen Kollegen in den Zweigvereinen, wo sie Beiträge gezahlt haben, auszugeben ist. Und zwar müßte die Abstimmung noch vor dem Verbandstage vorgenommen werden, damit das Material dem Verbandstage unterbreitet werden kann. Die Redaktion des „Grundstein“ und der Vorstand müßten für die angeregte Vereinigung wirken. Dann dürfte sich wohl eine Mehrheit für die von mir gegebenen Anregungen finden. Ein Sprichwort sagt: „Weiß zu Hause und nährt dich reichlich.“ Wenn man aber zu Hause keine Arbeit hat und nichts bekommt, muß man zum Bettel- und Wanderschaft greifen.

Andreas Gremer, Steindwien h. Kronach.

Anmerkung der Redaktion. Wir haben die Zuschrift des Kollegen Gremer aufgenommen, weil wir für sachliche Ausführungen, auch wenn wir sie für unrichtig halten, den „Grundstein“ nicht verschließen wollen. Um aber ein Eingehen anderer Kollegen auf die von Gremer gegebenen Anregungen zu verhindern, glauben wir auch gleich betonen zu sollen, daß von der Einführung einer Notstandsunterstützung im Sinne Gremer's selbstverständlich in unserem Verband nie die Rede sein kann. Das Geld, das wir haben, brauchen wir notwendig zur Führung unserer Kämpfe. Wir würden den Verband zugrunde richten, wenn wir allen bedürftigen Kollegen auch nur einen einzigen Winter hindurch eine Notstandsunterstützung zahlen wollten; denn „bedürftig“ ist im Winter die übergroße

Mehrzahl aller Kollegen. Bei welchem Grad von Notstand und Bedürftigkeit sollte man zu anfangen und aufhören? Wir werden, wenn wir nach Jahren einmal zur Einführung einer Erwerbslosenunterstützung für den Sommer kommen sollten, unsere jetzigen Beiträge fast verdoppeln müssen, um auch dann noch kampffähig gegenüber den Unternehmern zu sein. Wollten wir die von Gremer angeregte Notstandsunterstützung für den Winter einführen, so würden wir wohl bei der Verdickung unserer jetzigen Beiträge nicht kampffähig bleiben. Eine solche Erhöhung der Beiträge wird aber auch der Kollege Gremer nicht wollen. Wenn sich die Kollegen vor Not im Winter schützen wollen, dann halten wir die Verwirklichung des Vorworts des Kollegen Schulte-Vaunhilf für recht empfehlenswert. — In eine Wochenschrift der Reiseunterstützung ist natürlich gleichfalls nicht zu denken. Das Sprichwort: „Weiß zu Hause und nährt dich reichlich“ war vielleicht vor 30 oder 50 Jahren noch zeitgemäß, für das Zeitalter des entwickeltesten Kapitalismus und des ausgezehresten Verfalls paßt es aber nicht mehr. Wir müssen im Gegenteil unsern Kollegen, besonders unsern jungen Kollegen sagen: Geht hinaus in die Welt, damit ihr etwas sehet und lernet! Die Reiseunterstützung ist allerdings eine Unterstützung, die fast nur den ledigen Kollegen zugute kommt; aber dafür kommen den verheirateten Kollegen wieder andere Unterstellungen mehr zufluten (Eheverfall, Unterstützung beim Tode der Ehefrau, Zuschläge für Kinder bei Streik usw.). Unsere jungen Unterstellungen sind eben in höherem Grade vom Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit aufgebaut und abgestuft. So ist es auch mit der Reiseunterstützung im Winter. Sie ist für unsere wandernden Kollegen unbedingt notwendig, und daher ist an ihre Abschaffung nicht zu denken.

**Zur Italienerfrage in Deutschland**

erhielten wir noch folgende Zuschrift: Es ist zu bedauern, daß Fragen, wie sie in den Nummern 12 und 13 des „Grundstein“ behandelt werden, in der Öffentlichkeit nur recht selten zur Sprache kommen. Hoffentlich bringt künftighin der „Grundstein“ derartige Erörterungen und Abhandlungen des öfteren. Ist doch die Italienerfrage eine der wichtigsten und schwierigsten Probleme, mit dessen Lösung sich die modernen Gewerkschaften aller Länder abmühen. Nach den Erfahrungen, die man in dieser Frage bisher gesammelt hat, könnte man versucht sein, die Frage aufzuwerfen, ob es nicht besser ist, die Lösung dieser Frage einer kommenden Generation zu überlassen. Warum ist der italienische Einwanderer in der Fremde jeglicher Organisation unzugänglich? Nun, sein angeborener, übertriebener Nationalismus, der nichts als gut und richtig anerkennt, was jenem seiner Landesgenossen geschieht, läßt das nicht zu. Solidaritätsgefühl kennt er nicht. Spricht man ihm davon, so wird man für verrückt erklärt. Auch sein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen Angehörige anderer Nationen trägt dazu bei. Seine Sachkenntnis kennt oft seine Grenzen. Eines momentanen Vorteiles willen ist er oft zu allem bereit. Alljährlich föhren hunderte italienischer Einwanderer, wovon von 20 bis 30 Personen nach Deutschland, die es wünschlich nicht nötig hätten, ins Ausland zu gehen. Sie werden in der Regel in ihrer Heimatsgemeinde gebildet und sind zum größten Teil verwardt und verwardigert. Eine Trennung während der Saison kommt höchst selten vor. Unter diesen Umständen befinden sich nicht nur Verstoßene und Streikunbeweitere, sondern sehr oft begüterte, selbständige Bauern, die den schwächlichen oder Allgauer Bauern nicht nachsehen dürften. Eigenrümer, die 30 bis 70 Tagewerk kultiviertes Land und 10 bis 20 Stück Großvieh besitzen, sind unter ihnen keine Seltenheit. Sie kamte einen solchen „armen Arbeiter“, der den Wert seines Eigentums in der Heimat auf 120 000 Lire angab. Dieser Mann kommt jahraus jahrein mit vier Söhnen nach Deutschland, während dabeiin Knechte und Mägde gegen mündere Entlohnung arbeiten. Ist das Saisonende nahe, so hinterläßt man nicht selten bei Geschäftleuten und Lokalgeldern noch Schulden, oder man scheidet das Meistgeld dadurch zu erparnen, daß man sich von der Ehefrau als „mittellos“ gratis über die Grenze bringen läßt, was in Deutreich und in der Schweiz möglich ist. Solche Einwanderer werden für die Organisation wohl nie zu gewinnen sein. Und wie sieht es mit den mehr schaffenden, das ganze Jahr in Deutschland arbeitenden Italienern aus? Nun, bei ihnen besteht der größte Unterschied darin, daß sie durch ihre in der Fremde erworbene Intelligenz noch etwas annähernd geworden sind. Vieles gehört ihnen schon wiederholt dem Verband an, dem sie wegen irgendwelcher nützlicher „Gewinne“ wieder den Rücken kehren. Sie stellen sich sogar oft genug der Organisation oiel feindseliger gegenüber als ihre Landsleute, die uns in der Regel alle Jahre im Herbst wieder verlassen. Nicht selten ziehen sie es vor, auf dem kahlen Lande Arbeit zu suchen, nur um der Organisation aus dem Wege zu gehen. Macht man sie auf ihr unkollegiales Verhalten aufmerksam, so tun sie, als hätte man ihnen das größte Unrecht angetan. Mit großem Vorwurf und Selbstüberhebung suchen sie sich von dem gemachten Vorwurf zu reinigen, wobei sie betonen, daß sie bei Lohnbewegungen und Aussparungen doch keine Streikbrecher würden. Das Zögeln von Beiträgen ist ihnen ein Greuel.

Warum stellt sich der italienische Arbeiter den deutschen Arbeitern und ihren Organisationen so feindselig gegenüber? Das dürfte seine Ursachen darin haben, daß er überall, wohin er seine Schritte lenkt, besonders bei uns in Deutschland, die feindseliche Aufnahme und das beste Gegenentgegen findet: Die Wohnverhältnisse gewähren ihm für Hin- und Rückfahrt Ermäßigung, der Staat Steuerfreiheit durch lässiges Steuerereziehen, der Unternehmer Parade, froh und Holz, dazu meistens noch einige Pfennige mehr Stundenlohn als den einheimischen Arbeitern. Ist es da zu verwundern, daß wir, wenn wir sie auf ihre Organisationsfeindschaft hinweisen, stets die Antwort erhalten: „Was wollt ihr, wir verdienen doch mehr als ihr samt eurer Organisation.“ Wirben ihnen die Organisationen für einen kleinen Wochenbeitrag eine Gegenleistung in Gestalt eines Kreuzentates geben — ich wette tausend gegen eins: in kürzester Zeit hätten wir sie alle organisiert. — Man muß geradezu staunen, wie

klein die Zahl der organisierten Italiener in Deutschland ist, trotz der großen Opfer, die von den deutschen Bauarbeitern zur Verbesserung der Lage auch der italienischen Kollegen getragen werden. Von 130 000 in Deutschland lebenden Arbeitern italienischer Nationalität sind gewiß 80 000 organisationsfähige Lohnarbeiter und Arbeiterinnen. Und sage und schreibe 5200 sind organisiert! Und die kleine Schweiz mit ihren 150 000 Italienern und annähernd 90 000 organisationsfähigen italienischen Lohnarbeitern und Arbeiterinnen hat kaum 3000 Organisierte. Wahrscheinlich, da könnte man bald ausrufen: „Lasciate ogni speranza!“ (Laßt jede Hoffnung fahren!) Ist es da noch zweckmäßig, für die italienischen Einwanderer noch größere Opfer zu bringen, um sie der Organisation zuzuführen? Diese Frage kann ruhig bereinigt werden. Ich bin sonar der Meinung, daß sämtliche interessierten Gewerkschaften aller Länder ihre Opfer für Propaganda usw. ernähmen und die Italiener auf einige Jahre sich selbst überlassen sollten. Wir sollten unser Augenmerk auf einheimischen Arbeiter zuwenden und versuchen, unsere Mitgliederzahl zu verdoppeln, dann kann man ja schließlich wieder einmal bei den Italienern anfragen, ob sie zum Beitritt in die Organisationen geneigt sind. Sollte das auch dann noch nicht der Fall sein, dann könnte man ganz ruhig zu einem Wirtel greifen, das nach meiner Ansicht gewiß keine Wirkung nicht verheßen dürfte, nämlich zur allgemeinen Verachtung. Wenn die italienischen Einwanderer sehen, daß sie die ganze internationale Arbeiterschaft mit Verachtung ansieht, dürften sie sich ihre Haltung wohl überlegen. Dann könnten wir ganz auf abwarten, bis wir bereit erstarben, daß die Italiener froh sind, wenn wir sie in unsere Organisation aufnehmen. — Nun wäre noch die Frage aufzuwerfen: Sind Auswanderer anderer Nationen ebenfalls so organisationsfeindlich wie die Italiener? Vielleicht kann uns der „Grundstein“ darauf gelegentlich Antwort geben.

F. Sura, Stempfen.

**Gipser und Stukkateure.**

In Berlin hat sich die Situation durch die Verhandlungen vor dem Einigungsamt, die am 12. April stattfanden, nicht geändert. Vor dem Einigungsamt verhandeln die Unternehmer, deren Erklärungen über die Aufnahme der Arbeit während der Verhandlungen und die bedingungslose Anerkennung des eventuellen Schiedsspruches. Von ihren Verforderungen gingen sie nicht ab und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefanden sie auch nicht zu. Sie boten uns an, den jetzt abgelaufenen Vertrag nur um vier Jahre zu verlängern. Nach vierjähriger Verhandlung machte das Einigungsamt den Vororschlag, den Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Die Kollegen lehnten am 13. April den Vororschlag rühmweg ab und erklärten, auf der verlangten Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt festzuhalten. Die Unternehmer, die am 12. April noch Versammlung hatten, beschloßen, die achtundzwanzig Arbeitszeit abzulehnen. Damit ist der Kampf nur noch verdrückt worden. In einem Rundschreiben vom 18. April behaupten nun die Unternehmer, daß die Stukkateure vor dem Einigungsamt erklärt hätten, daß sie erst die Arbeitszeiterhöhung ausfinden haben wollten, ehe sie ihre weiteren Forderungen stellen würden. In Nr. 15 des „Grundstein“ ist ja der Gang der Angelegenheit schon einmal kurzgefaßt worden. Hier wollen wir nur betonen, daß die Unternehmer in der Schlichtungskommission ähnliche Aninnen an die Stukkateure stellen, nämlich das Ansuchen, auf Tagelohn, auf Minimallohn, auf Wauduben, auf die Vorschriften der Holzgeordnungen zum Schutze der Waudubewerker, auf Festhaltung von Akkordpreisen usw. zu verzichten. Das sagt man in den Unternehmerverfammlungen natürlich nicht, nur so ist es erklärlich, daß sich ein erheblicher Teil der Unternehmer an die Streikleitung wendet, um Auskunft über die Forderungen ihrer eigenen Organisationsleitung zu erhalten. Am Rundschreiben vom 18. April heißt es nun: „Arbeitswillige vor die Front!“ „Es ist mit Hilfe einiger Meister und Arbeitswilliger möglich gewesen, so jedoch man, einige dringende Arbeiten fertigzustellen, es liegen jedoch noch weitere dringende Arbeiten vor, und es wird an den Oepfermut und die Solidarität der Unternehmer appelliert, daß der Unternehmer, der in der Lage ist, Arbeiten auszuführen, sich an Herrn Busch, Gerardi, Schwaninger, H. werden möge. Für ausreichenden Schutz wird georgt.“ — So ist's richtig! Arbeitswillige hat man nur wenige gefunden, die als Arbeitskraft nicht in Frage kommen; nun sollen die Streiker helfen. Wem? — Den Größeren, den Scharmadern, die selbst den Mittel nicht anzuehen können oder wollen, die aber in dem Entwurf der Unternehmer, von dem sie nicht abgehen wollen, vorgefunden haben, daß die Stukkateure nur dort arbeiten dürfen, wo die Unternehmerorganisation es zuläßt, und daß Stukkateure, die wo anders arbeiten, nicht eingestellt werden dürfen. Den Kleinen sucht man, wie es bei den Verhandlungen in der Schlichtungskommission auch offen ausgesprochen wurde, das Lebenslicht durch den Tarifvertrag auszublafen, aber vorher sollen sie schnell den Scharmadern die Kasianien aus dem Feuer holen. Das ist praktische Mittelstandspolitik! Sollte man den Unternehmern von vornherein das von ihrer Leitung Geforderte zur Begutachtung vorgelegt, dann fände man so manche Mäler nicht im Unternehmerentwurf.

**Stolierer und Steinholzleger.**

Dresden. Die stieggen Stolierer und Steinholzleger beschloßen in ihrer Generalversammlung am 21. April, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Sämtliche Mitglieder haben vormittags an den Versammlungen teilgenommen. Nachmittags 1 Uhr verammeln wir uns in der Bahnhalle bei Reichening. Großenhainerfrage 35, um uns von da aus geschlossen dem Räumung anzugleichen. Die Mitgliederbücher sind zum Abstemeln mitzubringen. Auswärtige Mitglieder haben an den Orten ihres Aufenthalts an der Pfaffier teilzunehmen. Die Kollegen, die durch ganz dringende Arbeit verhindert sind oder sich durch Massenpelt beziehungsweise Legitimation nicht ausweisen können, haben laut Beschluß M 1 an die Postkasse abzuliefern.

# Vom Bau.

## Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

**Tresden.** Am 15. April verunglückte der an einem Hausabbruch in der Galleriestraße beschäftigte Kollege Richard Boneß aus Brandsdorf schwer, indem er beim Herablassen einer Tür von einem in ihr befindlichen Nagel, der sich in seiner Kleidung verfangen, aus der vierten Etage in den Rißgraben hinabgerissen wurde. Schwer verletzt wurde er nach dem Friedrichstädter Krankenhaus überführt. — Am Hausabbruch Sr. Frohngasse (Baumeister Schmeide) verunglückte an demselben Tage zwei Kollegen dadurch, daß ein altes Gemälde, auf dem die Betreffenden standen, vorgelegt zusammenstürzte und beide mit hinabgerissen wurden. Während der eine mit dem Stützenbandonam, mußte der andere Kollege beschußlos hervorgezogen werden. Vorläufig wurde bei beiden nur Muskelquetschung festgestellt. — Der Kollege Michael Bresan verunglückte am 10. April am Neubau Dörries in Broadwitz, indem er mit einem Gerüst zusammenbrach und 8 m in die Tiefe stürzte. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Verunglückte nach dem Krankenhaus in Meißen überführt werden mußte. Es wurden mehrere Knochenbrüche konstatiert. Ansehend waren die Rißbrüche schabhaft oder so schwach. — Am Neubau des Bauvereins in Kreischa, Unternehmer Adam, verunglückte der Hilfsarbeiter Paul Zimmermann dadurch, daß er beim Abfahren von Ausschachtungsmaße unter die Räder eines Wagens geriet. Schwer verletzt mußte er mittels Krankenwagen dem Krankenhaus zugeführt werden.

**Glückung.** Am 16. April ereignete sich auf der Elektrischen Umformstation ein größlicher Unfall. Der Maurer Wilhelm Müller kam beim Abtransportieren der Leitung zu nahe, wobei er sofort in Brand geriet. Müller wurde dem Krankenhaus zugeführt. Der Arzt stellte schwere Verbrennung fest.

**Mainz.** Am 15. April verunglückte der Hilfsarbeiter Adam Christ auf der Baustelle Weiß & Freytag in Friesheim beim Abladen eiserner Träger, wobei er zwei Rippenbrüche davontrug.

**Hannover.** Gerüstesturz auf dem Hauptbahnhof. Zwei tote und fünf schwer verletzte. Auf dem Hauptbahnhof in Hannover wird zurzeit die Behebung der Bahnhofsalle mit einem Delfarbenanstrich versehen. Ausführende Malerfirma ist W. Meinede. Das Gerüst ist von Leitergerüstfirma Wehde hergestellt. Als am Morgen des 18. April sieben Malergehilfen das Gerüst bestiegen, um mit dem Arbeiten zu beginnen, brach zwischen dem ersten und dritten Bahnhofsgerüst das Gerüst in einer Länge von 20 und einer Breite von etwa 25 bis 30 m, und alle sieben Mann stürzten aus einer Höhe von 20 m ab. Die Malergehilfen August Kelling und Otto Striemer waren auf der Stelle tot. Robert Wendt wurde schwer verletzt; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Schwer verletzt sind ferner Heinrich Schmidt aus Gronau, Fritz Althorn aus Lengden bei Göttingen, Carl Hoffmann aus Salsleben, Carl Meißa aus Berlin. Der Malergehilfe August Kelling stand kurz vor seiner Wiederbeherung. — Nach näherer Untersuchung durch die Bauaufsichtskommission und nach den Aussagen der schwerverletzten hat das Gerüst für diese äußerst gefährliche Arbeit den notwendigen Anforderungen bei weitem nicht entsprochen. Die Tragbalken, zum Teil verdorrt, waren für eine solche Belastung zu schwach, vor allem aber waren diese Balken in einer viel zu großen Entfernung angebracht, so daß die Spannung von circa 3,50 m viel zu groß war. In der Mitte, wo die Gassen zu kurz waren, wurden Säule angebracht und die Säule hineingelegt. Von den schwerverletzten Gehilfen ist wiederholt über das mangelhafte Gerüst geklagt worden. Nach am Tage zuvor soll von Gehilfenseite vom Gerüstbauer Wehde bessere Rüttung verlangt worden sein, wobei Wehde geantwortet haben soll: „Ach, was Ihr immer habt, da können sich ja zwanzig Mann darauf stellen, Ihr habt wohl Angst!“ — Der jetzt schwer verletzte Gehilfe Schmidt ist nach Aussage der Betroffenen schon am Tage zuvor mit einem Brett durchgebrochen und hat sich nur dadurch gerettet, daß er sich auf die andern Bretter warf. Es müßten, wie nach Aussage der Betroffenen auch verlangt sein soll, mindestens die doppelte Zahl der schwachen Säulen angebracht werden. Nach der Befähigkeit der in Augenschein genommenen umliegenden Säulen zu urteilen, muß die Krümmung der Säulen durch die eigene Belastung der Gerüstbalken sich ausgegogen haben, so daß der Gerüstbau abbruchreif wurde. Ein Schuttdach an solcher Stelle, wo so viele Rüge und Menschen verkehren, mußte im Interesse der die Arbeit ausführenden Gehilfen, sowie im Interesse des Verkehrs unbedingt angebracht sein. — Ist man aber der Meinung gewesen, daß ein Schuttdach schwer anzu bringen war, so wäre es um so notwendiger gewesen, daß das Gerüst die Gewähr gegen einen Zusammenbruch oder ein Herabfallen des Igl. Eisenbahnbetriebsamtes lautet: Heute morgen 7 Uhr 25 Min. ist auf dem Personenbahnhof Hannover ein Malergehülfe, das zum Anstreichen des Hallendaches unter die Dachkonstruktion gehängt war, teilweise heruntergefallen. Von den sieben auf dem Gerüst befindlichen Malergehilfen sind zwei getötet und fünf mehr oder weniger schwer verletzt. Der Unfall ist wahrscheinlich auf den Bruch eines Hängeeisens zurückzuführen, das einen alten Eindruck zeigte. Die Verletzten wurden mit den städtischen Sanitätswagen, die sofort bestellt waren, in kürzester Zeit dem städtischen Krankenhaus I zugeführt.

**Gamm i. W.** Am 19. April verunglückte ein Maurer beim Kanalbau an der Giffgabrik dadurch, daß er, als er von einer Streppe auf die Kanalrinne springen wollte, auf einen hochstehenden Betonstempel sprang und sich am Gesichtssteine verletzte.

**Warel.** Am 18. April waren bei den Reparaturarbeiten auf der Hansfabrik, ausgeführt von der Firma Schacht & Co. aus Bremen, vier Maurer damit beschäftigt, ein Holzgerüst zu verstellen. Hierbei fiel ein Brett auf die Kollegen Kremer und Waalhorn. Der erstere erlitt einen Armbruch, der zweite eine Armquetschung. Beide befinden sich im Krankenhaus. Wäre das Gerüst abgebrochen und auf der andern Stelle wieder aufgebaut worden, so wäre der Unfall nicht passiert.

Über gutes und schlechtes Bauen sprach, wie der „Deffentliche Anzeiger für Kreisnach“ mittelt, doch kürz-

lich der Kunstschaffsteller Meißner aus Dresden vor einem zahlreichem und zum größten Teil aus den Kreisen der Bauerschaft zusammengelegten Publikum, in dem auch die Spitzen der Verwaltungsbehörden sowie die leitenden Beamten der Staats-, Kreis- und Stadtbauverwaltungen nicht fehlten. Der Redner ging mit der Bauweise der letzten 50 Jahre scharf ins Gericht. Ueber Nacht hat in dieser Zeit eine gewaltige wirtschaftliche Entwicklung eingelebt, alle Kräfte für sich in Anspruch nahm und den gelagerten Menschen nicht die Ruhe zu innerer Sammlung und Verarbeitung der neuen Aufgaben und Eindrücke ließ. In behaglicher Ruhe lebten unsere Vorfahren dahin, wohlige Ruhe und Geborgenheit weihen ihre Häuser auf. Wenn man vor so einem alten geräumigen Haus aus Großvaters Zeiten steht, dann fühlt man die Harmonie zwischen diesem höchsten Baueck, seinen erfrühten Bewohnern und dem Geist ihrer Zeit. Nur mit Grauen aber dann man durch die Straßen einer in den letzten 50 Jahren emporgerückten Industriestadt gehen. Hoch gemauerte Steinbauten mit ein paar Böden in der Wand. Häuser einen 60 und 70 Fuß hoch, an das höchste erhebt sich dann und wann jedoch ein hochüberlades, aber aufgeputztes „böhmisches“ Haus, durch dessen zweites angeputzte Fäden, Räden und Türme der Betrachter dem Publikum zuruft: „Ich bin der Mann, ich hab' das Geld dazu!“ Aber nicht den Geschmack! Glücklichweise macht sich in den letzten Jahren ein Umchwung zum Besseren bemerkbar. Die Jahrzehnte hindurch erschlaffte künstlerische Kraft, die ein Mühlstein, ein Altstein, ein Sildesheim in herzerfreuender Schönheit erstehen ließ, wird wieder lebendig. Selbst können wir nicht alle produzierende Künstler sein, aber die Erziehung des Volkes zum künstlerischen Mitgehen ist eine unabwiesbare Notwendigkeit als ausgleichendes Moment gegenüber dem immer rücksichtsloser werdenden materiellen Daseinstamp. Die Sehnsucht nach der Kunst liegt als Liebe zur Schönheit in jedem Menschenherzen. Mag der Schönheitsstimm auch eine Zeitlang infolge Vernachlässigung seiner Ausbildung gesunken sein, oder sich verzerrt haben, von selbst werden wir zur wahren Erkenntnis zurückfinden, daß nur das schön sein kann, was wahr und zweckmäßig ist. Drei Grundbedingungen stellen wir für die Baustufen auf: Die Form entspreche dem Gebrauchszweck, die natürliche Schönheit des Materials werde ehrlich zur Geltung gebracht, das Material werde sachgemäß und in Harmonie mit Zweck und Form des Baues gewählt. Nicht nur unser eigenes Schönheitsgefühl, auch soziale Rücksichten zwingen uns, vermünftig zu bauen. Großstädtisches Hausgerümpel braucht sich niemand anzuheben, davor schrien ihn die Mauern, aber an den Säulern können wir nicht vorbeibilden, die freiden uns auf Schritt und Tritt ihre freudlichen oder düsteren und kalten Gesichter entgegen. Alle Wälder stampft man ein, Möbel im Jugendstil verbreitet man, aber Käufer stehen für Jahrzehnte da. Vor 50 Jahren haben sich unsere Baumeister in die alten klassischen Bauweise verbeut, und als dann plötzlich die wirtschaftliche Sozialkultur einsetzte und mit ihr eine allgemeine Raube, da suchten sie schnell in wenigen Wochen nachzuahmen, was die Entwicklung von Jahrhunderten geschaffen. So müssen wir denn heute mit Schuld überladene Fassaden sehen, falsche Säulen, imitierte Quadersteine und völlig rohe Mauer- und Seitenmauern dazu. Vorne lächerlich zur Pracht, hinten das wahre Gesicht der geistigen Armut. In einer großen Reihe sehr geschickt ausgewählter Lichtbilder gab Meißner typische Beispiele der völligen Verjüngung und Charakterlosigkeit der hinter uns liegenden jüngsten Bauepoche. Auch auf das Arbeiterwohnhaus kam er zu sprechen. Von ihm sagte er, daß es das traurigste Kapitel der Baugeschichte darstelle. Weißt die und trostlos, verbittert es allen das Leben, die durch seine dunkle Tür gehen müssen, während doch gerade diese die gesündesten Leute in diesen Sonnen- und Schönheit für ihr Dasein brauchten, um sich als Menschen unter Menschen zu fühlen. Leider erheben sich auch schon auf den Dörries rohe Steinbauten oder stückelichte Almpaläste. Das darf nicht so weiter gehen, sonst mit dem unheimlichen Absinn! Wie wir die seßhaftlichen Hausgerümpel überwinden haben, so müssen wir auch den Weg zu einer innerlich wahren und deshalb auch schönen Bauweise zurückfinden. Die merkwürdigen Verirrungen, die wir getrieben haben, verdammt ihr Dasein einer Inkultur, die wir überwinden müssen, wenn nicht Stadt und Land ganz verhandelt werden sollen. Dem Vortrag, der auch die Wege zu einer Besserung der Verhältnisse angab, folgte lebhafter Beifall.

## Aus Unternehmerkreisen.

**Vom Kampf um den Arbeitsnachweis.** Im Braunschweig müssen sich die Arbeiter, nachdem sie auf der Baustelle Arbeit gesucht und gefunden haben, vom Arbeitsnachweis der Unternehmer einen Zettel holen, damit sie der Unternehmerverband unter seine Kontrolle bekommt. Unternehmer, die einen Arbeiter ohne Zettel einstellen, werden von den Bundeshäuptlingen mit 10 resp. 20 Strafe belegt. Um dieses schändliche Zettelholen abzuschaffen, haben die Braunschweiger Zimmerer über das Mahregelungsbureau der Unternehmer die Sperre verlangt, was die Leitung Der Unternehmerorganisation zur Vermeidung des folgenden Rundschreibens veranlaßte:

**Braunschweig, 1. April.**  
Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Braunschweig E. V.  
An unsere verehrlichen Mitglieder!  
Das frivole Vorgehen der Zimmerergewerkschaft durch die über den Arbeitsnachweis ohne Grund verhängte Sperre kennzeichnet sich wieder einmal als eine Maßnahme der Zimmerer, die trotz des bestehenden Tarifvertrages keinen Frieden wollen. Die Zimmerer verlangen die Einrichtung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage. Jeder Unternehmer soll verpflichtet sein, den Ueberweisungen auch in Arbeit zu nehmen (auch wenn er nicht zu gebrauchen ist, während andererseits der betreffende die Arbeit nicht annehmen braucht).  
Man vergegenwärtige sich nur einmal, was der paritätische Arbeitsnachweis ist und welche Folgen er für unser Baugewerbe haben würde. Wären hier durch irgend welchen Umstand gezwungen, unseren unparitätischen Ar-

beitsnachweis zu Gunsten des paritätischen Arbeitsnachweises aufzugeben, so würden die Genossen durch ihre beliebigen und bewährten Mittel sehr bald, genau wie bisher in den Krantentagen die Oberhand gewinnen, diejenigen Arbeiter, die von den Vorteilen der Gewerkschaften keineswegs überzeugt, nicht gewillt sind, Kabarettgehoram zu üben von ihnen nichts wissen wollen, die lieber ihr fauer verdientes Geld der Familie als der Gewerkschaft zu wenden, könnten bestimmt damit rechnen, 12 Monate im Jahre arbeitslos zu sein. Die Zielbewußten und geminnungsliebigen Genossen hätten ständig ihren Platz an der Sonne und ihr Ziel auf Demotatifizierung aller Baubetriebe wäre erreicht.

Darum ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, seinen vernünftigen und ruhigen Arbeitern gegenüber am unparitätischen Arbeitsnachweis festzuhalten, denn es muß dem Arbeitgeber überlassen bleiben, welchen Arbeiter er beschäftigen will, dann aber ist es auch unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, die Interessen seines Gewerbes hochzuhalten, indem er für Ruhe und Ordnung und haltbare Zustände im Gewerbe sorgt. Dem Arbeitgeber liegt allein diese Pflicht ob, da die Zimmerergewerkschaft bisher noch nicht den Beweis erbracht hat, das sie ein Interesse an haltbaren Verhältnissen hat und das sie überhaupt befähigt ist, gemeinsam mit den Arbeitgebern gesunde Zustände zu erhalten und zu erschaffen. Ueberall da, wo paritätische Arbeitsnachweise eingerichtet und in Tätigkeit getreten sind, hat sich die Unhaltbarkeit dieser Einrichtung bald gezeigt. Die Mitgliedschaften lieben alle beteiligten Kreise, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nach Abhilfe rufen. Unseren Interessen kann nur der unparitätische Arbeitsnachweis dienen. Dieser allein ist berufen, einen erzieherischen Einfluß auf die Arbeiter auszuüben und sie zu angemessener Leistungsfähigkeit zu bringen. Wir müssen deshalb von unseren Mitgliedern verlangen, das sie alle Arbeiter, die sie benötigen, durch den Arbeitsnachweis gehen lassen und die Bestimmungen des Arbeitsnachweises über Einstellung und Entlassung von Arbeitern genau zu beachten, da wir sonst gezwungen sind strafend vorzugehen. Die bauenden Mitglieder werden gebeten, den Zimmermeistern in dieser Zeit, wo durch die Sperre des Arbeitsnachweises ein Mangel an Gesellen eintreten kann, diejenige Mühsicht zuteil werden zu lassen, die sich aus der Sachlage ergibt. b. h. sie nicht auf Fertigstellung der Arbeiten zu drängen-oder gar die Arbeiten nach auswärts zu vergeben. Weiter erinnern wir daran das die Mitglieder nach § 17, Abs. 3 der Statuten verpflichtet sind in alle Bau- und Lieferungsverträge die Streiffkaufel einzufügen (Gedruckte Streiffkaufel werden von unserem Sekretär unentgeltlich abgegeben). Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, das nur denjenigen Lieferungsgeheimen Aufträge zu erteilen sind, die sich uns als fördernde Mitglieder angeschlossen haben und unsere Bestrebungen unterstützen. Die Namen der Lieferungsgeheimen finden unsere Mitglieder im Mitgliederverzeichnis Seite 9-11 verzeichnet.

Die Mitglieder werden ersucht, die ihnen von dem Voten vorliegenden Anerkennnisse zum Ziegeleivertrage zu unterschreiben. Jedes Mitglied muß dreimal seine Unterschrift geben. Wir bemerken, das nach § 10 Abs. 2 des Ziegeleivertrages vor Abgabe eines solchen Anerkennnisses die Ziegelei-Gesellschaft wieder berechtigt wird verpflichtet ist, den Mitgliedern Steine zu Verbandspreisen zu liefern. Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, das ein Mitglied den Arbeitern einen höheren Akkordtag gezahlt haben soll, wie im Akkordvertrag festgelegt ist. Wir werden den Fall untersuchen und das betr. Mitglied evtl. zur Bestrafung ziehen.

Hochachtungsvoll Der Vorstand.  
W. Krause, Vorsitzender, Sellhaar, Sekretär.

In diesem Rundschreiben werden den Mitgliedern des Unternehmerverbandes ein paar unverschämte Lügen ausgedehnt, um sie zum Kampf für das Mahregelungsbureau zu begeistern. Nur so ist beispielsweise die Behauptung zu verstehen, bei einem Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage solle jeder Unternehmer verpflichtet sein, den Ueberweisungen auch dann in Arbeit zu nehmen, wenn er nicht zu gebrauchen ist, während andererseits der Arbeiter die ihm zugewiesene Arbeit nicht anzunehmen brauche. Ebenso ist es mit den Behauptungen von dem, die Oberhand gewinnen, dem „Kabarettgehoram“ und andern Unwahrheiten. Schließlich ist an dem Rundschreiben noch interessant, das auch hier die Unternehmer zur Einfügung der Streiffkaufel in alle Bau- und Lieferungsverträge, zur Unterzeichnung des Ziegeleivertrages und zur Erstellung von Aufträgen nur an solche Lieferanten aufgefordert werden, die sich den Unternehmern als „fördernde Mitglieder“ angeschlossen haben. Auch alle diese Maßnahmen gehören zu den Kampfvoorbereitungen der Unternehmer für das Jahr 1913.

## Genossenschaftliches.

**Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1911.** Der neueste Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ ist der vom Verbandsdirektor Madestock veröffentlichte Vorstandsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beigelegt. Daraus ist zu entnehmen, das das Jahr 1911 den modernen Konsumvereinen in Deutschland, die im Zentralverbande deutscher Konsumvereine zusammengegeschlossen sind, eine Entwicklung gebracht hat, wie sie bisher noch nicht erlebt worden ist. Selbstverständlich ist keine erhebliche Zunahme der Zahl der Konsumgenossenschaften zu verzeichnen. Sie stieg von 1151 auf 1183. Es ist natürlich zu begrüssen, wenn Vereine, die bisher noch ferngeblieben haben, sich jetzt der allgemeinen Bewegung anschließen. Im großen und ganzen muß man jedoch damit rechnen, das die Zahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angegeschlossenen Konsumvereine nicht weiter steigt, da die moderne Entwicklung dahin geht, Neugründungen möglichst zu verhindern und an Orten, wo

ein neuer Verein entstehen soll, wenn es irgend möglich ist, eine Verteilungstelle eines benachbarten Vereins zu erlangen. Ferner werden überall dort, wo von früher her in unmittelbarer Nähe zahlreiche kleine Vereine bestanden, diese zu modernen, leistungsfähigen Bezirkskonsumvereinen verschmolzen. Das alles wirkt dahin, daß die Zahl der Konsumvereine nicht wesentlich steigen kann. Um so mehr muß jedoch die Zahl der Mitglieder in den Vereinen steigen; denn die großen Genossenschaften, die jetzt entstehen, üben in einem ganz anderen Ausmaßungsbereich als die früheren kleinen Vereine. Die Mitgliederzahl ist denn auch um rund 144 000 gestiegen, nämlich von 1 181 000 auf 1 325 000. Das ist eine sehr erfreuliche Zunahme. Die Zahl zeigt aber auch andererseits, daß die moderne Arbeiterbewegung kennt, daß noch sehr viele, für die die Mitgliedschaft im Konsumverein unbedingte Notwendigkeit wäre, dranhin stehen; denn diese 1 325 000 Mitglieder sind durchaus nicht alles Arbeiter, unter ihnen sind Hauswerker, Beamte usw. Es können also die Gewerkschaften gemäß ihrer auf dem Gewerkschaftskongress zu Dresden im Vorjahr übernommenen Verpflichtung den Konsumvereinen noch eine große Anzahl Mitglieder zuführen. — Nicht unerwähnt und groß war auch die Umsatzsteigerung. Der Umsatz der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften, wozu auch die Großhandelsvereine deutscher Konsumvereine gehört, liegt von 433 Millionen Mark auf 606 Millionen Mark, also um 73 Millionen Mark in einem Jahre. Bisher war die größte Umsatzsteigerung im Jahre 1910 mit 51 Millionen Mark zu verzeichnen. Demgegenüber stellen die 73 Millionen Mark im vorliegenden Jahr eine ganz außerordentliche Zunahme dar. In Eigenproduktion wurden im Zentralverbande deutscher Konsumvereine für 81 Millionen Mark Waren hergestellt gegenüber 66 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl aller im Zentralverbande beidseitigen Vertrieben liegt von 18 923 auf 21 939. An Warenbeständen sind 50 Millionen Mark vorhanden, an Maschinen und Inventar 14 Millionen Mark, nicht weniger als 74 Millionen Mark sind in Grundbesitz angelegt. Das gesamte Kapital, mit dem die modernen Konsumvereine arbeiten, beträgt 162 Millionen Mark. Der Drang zur Schaffung größerer Konsumvereine führte auch zur Sicherung der Eigenproduktion. Zahlreiche Vereine haben im vergangenen Jahre neue Bäckereien errichtet. Bei den Schlächtereien geht die Entwicklung nicht im selben Tempo vor sich, da man hier erst im Begriff ist, aus dem Experimentieren zur ruhigen Arbeit überzugehen. Noch indaueriger ist die genossenschaftliche Milchverwertung der Mitglieder. Der Vorstandsbericht verzeichnet many weitere die Einführung der Verwertung der Konsumvereine bei Bauangelegenheiten, die sich sowohl auf die technische wie auf die finanzielle Seite erstreckt. Alles in allem können die Konsumvereine mit ihrer Entwicklung in dem Steuerungsjahr 1911 sehr zufrieden sein. Aber dieses Gefühl der Zufriedenheit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade für die modernen Konsumvereine noch ein großes Ausdehnungs- und Agitationsgebiet vorhanden ist.

**Die Hamburger „Produktion“ als Ostbesitzer.**  
 Von Zeit zu Zeit kommt mehr oder minder dürftige Kunde aus England über die Erfahrung, die die englischen Konsumvereine mit eigenen landwirtschaftlichen Betrieben gemacht haben. Neuerdings hat nun auch ein deutscher Verein ein großes Gut erworben. Der Hamburger Konsum-, Bau- und Spardverein „Produktion“ hat in Weddenburg das Erbpachtgut Schwaneheide, das an der Bahnlinie Berlin-Hamburg liegt, erworben. Das Gut ist 1600 Morgen groß, vorzüglich arable und hat 1150 Morgen Acker, 350 Morgen Weiden und Wiesen, 70 Morgen Wald und 30 Morgen Moor. Gebaut werden Roggen, Safer und Kartoffeln. Der Viehbestand umfaßt gegenwärtig 11 Pferde, 90 Rinder (einschließlich Jungvieh) und 100 Schafe (einschließlich Lämmer). Der Kaufpreis beträgt 1 350 000. Außer dem Gut ist für 1 560 000 eine Kollekte erworben worden, sie ist ganz neu eingerichtet. Für neun Jahre sind eine Reihe Landwirte durch Verträge zur Sicherung der Milch von 250 Kühen verpflichtet. Auf dem Hofe selbst wird die Haltung von Kühen ausgedehnt werden. Ferner ist noch die Möglichkeit gegeben, weitere Landwirte zur Milchlieferung zu bewegen. Die Verwertbarkeit des Gutes wird zunächst in der bisher üblichen Weise erfolgen, doch wird allmählich auf Milchproduktion und Schweinezucht und -mast besonderer Wert gelegt werden. 147 000 Liter Brennspiritus, die im Jahre auf dem Gute hergestellt werden können, müssen vorläufig noch an die Spirituszentrale geliefert werden, da die Verträge mit dieser natürlich auch für den Nachfolger des bisherigen Besitzers bindend sind. Später wird die „Produktion“ jedoch den Spiritus an ihre eigenen Mitglieder abgeben, die bereits jetzt 80 000 Liter Brennspiritus im Jahre verbrauchen. Das Ganze ist selbstverständlich ein Versuch, aber ein Versuch, der außerordentlich sorgfältig vorbereitet wurde, und von dem man nicht nur erhoffen, sondern auch erwarten darf, daß er für die Genossenschaftsbewegung von großer Bedeutung sein wird.

**Zentraltrankentasse.**

In der Woche vom 14. bis 20. April sind folgende Beiträge eingegangen: Von der städtischen Verwaltung in Rudolfsstadt 1 300, Saarmund 300, Bargteheide 260, Nauen 250, Erbenheim 200, Hennigsdorf 200, Schwartau 177,06, Doherrn 150, Halbe 150, Kahlberge 150, Kirch-Steinbeil 150, Krennen 150, Biereck 120, Dahleburg 100, Groß-Weßen 100, Gamm 100, Jessen 100, Wandlitz 100, Webel 100, Kirchwälder 96,15, Magdeburg i. L. 93,33, Begeckdorf 90, Soltanau 90, Gonsenheim 70, Nietleben 69, Goseburg 50, Witten 50. Summa M. 3765,54.  
 Zufällige erhielten: Rantow M. 400, Elberfeld 300, Frankfurt a. d. B. 300, Halberstadt 300, Halle a. d. S. 300, Kiel 300, Preetz 250, Otterberg 200, Perna 200, Prenden 200, Wirth a. Nh. 200, Quedlinburg 150, Adlershof 100, Gumboldt 100, Kassel a. Rhf. 100, Landstuhl 60, Eppelheim 50, Paulbach 35. Summa M. 3545.  
 Altona, 20. April 1912.  
 Fr. Klätsch, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 75.

**Eingegangene Schriften.**

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Buchhandlung.)  
 Von der „Neuen Zeit“ ist neben dem 29. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 95 Pf.

Die diesjährige Nummer des **Wahren Jacob** ist neben reich illustriert im Umfang von 16 Seiten zum Preise von 10 Pf. erschienen. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag F. W. Dieb Nachf. O. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns neben Nr. 15 des 22. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ mit den Beilagen: „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf., Jahresabonnement M. 2,60.

In der Besprechung der im Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn erschienenen Schriften, die wir in der letzten

Nummer brachten, ist zweimal der gleiche Druckfehler enthalten, indem anstatt „Statistische Tabellen“ „Statistische Tabellen“ gesetzt worden ist. Der Anfang unserer Besprechung muß also folgendermaßen lauten: „Im Verlage von Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 66, Wilhelmstr. 60, ist vor kurzem erschienen: „Statistische Tabellen, Bestimmungssachen und Formeln zur Aufstellung von Berechnungen für Kaufmannschaften“, gesammelt und bearbeitet von Franz Boerner. Vierte nach den neuesten Bestimmungen bearbeitete Auflage. Preis M. 4,20.“ Wo weiterhin von statistischen Berechnungen gesprochen wird, muß es „statistische Berechnungen“ heißen.

**Briefkasten.**

(Anfragen in Sachen des hiesigen Reichs beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine Briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beifügt ist.)

\* Die Nr. 18 des „Grundstein“ muß der Maister wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bezw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzugeben, daß sie spätestens am Montag mittag in unsere Hände gelangen.

**Anzeigen**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Sterbetafel.**

- Jugsburg.** Am 18. April starb unser Kollege **Andr. Gammel** im Alter von 35 Jahren Lungenerkrankung.
- Wahn.** Am 2. April starb unser treuer Kollege und Kassierer **Albert Strosow** im Alter von 19 Jahren an Blinddarmentzündung.
- Berlin.** Am 12. April starb unser Mitglied **Karl Noske** im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.
- Am 13. April starb der Kollege **Anton Piotrowski** im Alter von 39 Jahren an Lungenschwindsucht.
- Am 16. April starb unser Mitglied **Ernst Hebig** im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung.
- Am 17. April starb der Kollege **Reinhardt Radmer** im Alter von 33 Jahren an Lungenschwindsucht.
- Bielefeld.** Am 18. April verschied nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied **Karl Behrensmeier** im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung.
- Brieg.** Am 2. April verschied unser Kollege **Karl Schwieder** im Alter von 57 Jahren an Rheumatis mus.
- Am 17. April starb unser Kollege **Karl Nitsche** im Alter von 46 Jahren, indem er sich erkrankte.
- Seibersberg.** Am 14. April starb unser treuer Kollege **Friedrich Klingmann** zu Kirchheim im Alter von 29 Jahren an Lungenschwindsucht.
- Savigne.** (Zahlstelle Welschnireuth.) Am 19. April starb unser Kollege **Joh. Herlan** im Alter von 61 Jahren an Lungenerkrankung.
- Söben.** Am 17. April starb unser treuer Kollege **Joseph Hartlapp** im Alter von 50 Jahren an Gehirnschlag.
- Süßen i. d. N. A.** Am 18. April starb unser Mitglied **Aug. Kakrow** im Alter von 43 Jahren an Herzschlag.
- Mühlhausen i. Th.** Am 19. April starb unser Mitglied **Hugo Ertingshausen** im Alter von 20 Jahren infolge eines Unfalles. Er war stets ein pflichtbewusster Kollege.
- München.** (Feldmoching.) Am 14. April starb unser Kollege **Stefan Socher** im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung.
- (Wessend-Bavariaring.) Am 16. April starb unser Kollege **Andreas Schiechl** im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung.
- (Pasing.) Am 9. April starb unser Kollege **Josef Weigl** im Alter von 37 Jahren an einer Rippenbruchoperation.
- Am 16. April starb unser Kollege **Jos. Eiglstorfer** im Alter von 56 Jahren an Lungenerkrankung.
- Nürnberg-Gürth.** Am 15. April starb der Kollege **Franz Brunnmeyer** im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung.
- Am 14. April starb der Kollege **Josef Karrer** im Alter von 56 Jahren an Lungenerkrankung.
- Sachsen.** Am 15. April starb unser Mitglied **Heinrich Heger** an Herzschwäche.
- Schlottstädt.** Am 18. April starb unser zweiter Vorsitzender **Joseph Frey** im Alter von 32 Jahren infolge eines Unfalles.
- Suttgart.** Sektion der Gisser und Sattlerei. Am 20. April starb unser treuer Kollege und Mitbegründer der Sektion **Theodor Moßbrucker** im Alter von 31 Jahren an Herzleiden.
- Waldenburg i. Schl.** Am 17. April starb unser Kollege **Paul Bomke** in Dittersbach im Alter von 21 Jahren an Schwindsucht.
- Weieringen.** Am 17. April wurde unser Kollege **Friedrich Lipke** von einer Fuhrer Wastine überfahren, worauf der Tod sofort eintrat. Er stand im 64. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

**Franz Bode**, geboren am 1. November 1892 in Kiel, wird von seinen Eltern gesucht. Wer etwas über seinen Aufenthaltsort mitteilen kann, wird gebeten, dies mitzuteilen an **W. Bode**, Schmidt, Kiel, Jungmannstr. 59. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins **Kiel**.

**Ewald Idel**, Maurer aus Potsdam, schicke Deine Adresse sofort an **Georg Grau**, Maurer, Groß v. Rogesack, Wilhelmstr. 258. [M. 1,20] Der Vorstand des Zweigvereins **Vegesack**.

**Carl Römbeck**, geb. 18. Juni 1890 zu Hinteck, wird von seiner kranken Mutter vermisst. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden ersucht, dies sofort an die **Geschwister Römbeck**, Hinteck a. d. W., Weststr. 22, mitzuteilen. [M. 1,80] Der Vorstand des Zweigvereins **Minden**.

**Ernst Emil Sammler**, Hilfsarbeiter, geboren in Dresden, wird gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, wollen Mitteilung gelangen lassen an den **Zweigvereins Limbach i. S.** [M. 1,50]

**Adressenveränderungen.**

- (V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Vereinstrottel, H Herberge, Rz Reiseunterkunftung wird angegeben bei.)
- Bremerhaven.** V Otto Jests, Lehe, Neubroksheider 15. Coßwig i. Anh. V Franz Schröder, Alterstr. 39.
- Sagen.** V Martin Girbs, Steinstr. 12.
- Zahna.** K Richard Westreich, Maurer.
- Plauen i. Vogtl.** (Sektion der Stuckateure.) V Walter Schaufel, Viebigstr. 1.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

**Versammlungen der Zweigvereine.**

- Sonntag, den 28. April.**
- Calefeld.** Nachm. 3 Uhr bei Herrn. Kuntzsch in Sebesen. T. D.: No. 2. Ordnung vom ersten Quartal. Besprechung über die Abhaltung des Gewerkschaftsfestes.
- Lychen.** Nachm. 4 Uhr bei Rob. Dettow. T. D.: Abrechnung. Verschiedenes.
- Osnabrück.** Vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Müller, Viehstr. 14.
- Vellen.** Nachm. 3 Uhr bei H. Baris. T. D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Beschlußfassung über Einführung von Lohnausbehalten. Verschiedenes.
- Donnerstag, den 2. Mai.**
- Gassen i. d. N.-L.** Abends 6 1/2 Uhr bei Edo Wetz. Nichter mibringen.
- Glogau.** Abends 6 1/2 Uhr im Gasthof.
- Sonntag, den 3. Mai.**
- Berlin.** (Steinbockweg.) Vorm. 10 Uhr in den Bürgerläden, Alte Schönhauser Straße 23. Wichtige Tagesordnung.
- Nebr.** Nachm. 2 1/2 Uhr im „Schützenhaus“. T. D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Verschiedenes.
- Montag, den 13. Mai.**
- Berlin.** Nachm. 8 Uhr im „Hof“, nur in den Mita Salen, Schönhauser Straße 130. Wichtige Tagesordnung.
- Dienstag, den 21. Mai.**
- Striegau.** Abends 6 1/2 Uhr bei Laurer. Wichtige Tagesordnung.
- Zentraltrankentasse der Maurer usw.**
- Sonntag, den 28. April.**
- Nowawes.** Nachm. 4 Uhr bei Singer. T. D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Reihenangelegenheiten.
- Sonntag, den 5. Mai.**
- Charlottenburg.** Vorm. 10 Uhr im „Sollmanns“ Gasthof, 2. Vorh. T. D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Reihenangelegenheiten.
- Mittwoch, den 15. Mai.**
- Lichtenberg.** Abends 6 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Biedenhagen, Schermerbergstr. 60. T. D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Reihenangelegenheiten. Verschiedenes.